

Annoncen-
Annahme-Bureau.
 In Posen außer in der
 Expedition dieser Zeitung
 (Witthelmstr. 17)
 bei C. H. Alrici & Co.
 Breitestraße 14,
 in Gnesen bei Ch. Spindler,
 in Grätz bei F. Streifand,
 in Leseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreihundachtzigster

Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau.
 In Berlin, Breslau,
 Dresden, Frankfurt a. M.,
 Hamburg, Leipzig, München,
 Stettin, Stuttgart, Wien:
 bei C. F. Daube & Co.,
 Haasenstein & Vogler,
 Rudolph Mosse.
 In Berlin, Dresden, Götting
 beim „Invalidendank“.

Nr. 433.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
 scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
 Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
 schen Reiches an.

Donnerstag, 24. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile oder deren
 Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
 Expedition zu senden und werden für die am fol-
 genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Zum Quartal's-Wechsel

machen wir ergebenst darauf aufmerksam, daß wir zur Bequem-
 lichkeit unserer geschätzten Leser außer in der unterzeichneten Ex-
 pedition folgende Ausgabestellen in hiesiger Stadt errichtet haben:

Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 7.
 J. Affeltomic, Wallischei 67.
 S. Berne, Wallischei Nr. 93.
 Gebr. Böhlke, St. Martin.
 Ernst Böhlke, St. Martin.
 Wittwe C. Brecht, Bronnerstr. 13.
 Emil Brumme, Wasserstraße.
 C. D. Burde, St. Martin 60.
 C. D. Burde jun., St. Adalbertstraße 28.
 Ed. Federt jun., Berliner- u. Mühlenstr.-Eck 1: b.
 Frenzel & Comp., Markt 56.
 Marcus Friedländer, Friedrichs-Straße Nr. 31.
 Otto Gön, Friedrichstraße 21.
 M. Gräber, Mühlen- u. Pauli-Kirchstr.-Ecke.
 Ad. Gummior, Mühlen- u. St. Martinstr.-Ecke.
 S. Hummel, Breslauerstr. 9 u. Friedr.- u. Lindenstr.-Ecke 19.
 H. Kahler, Wasserstraße 6.
 M. Kantorowicz, Schuhmacherstraße 1.
 L. A. Kunkel, Destillateur, Gr. Gerberstraße 40.
 Adolph Lab, Gr. Ritterstraße Nr. 10.
 Restaurateur G. Lehmann, Ostrowek Nr. 11.
 Wittwe Maimwald, St. Adalbert.
 S. Michaelis, Kl. Gerberstr. Nr. 11.
 S. R. Nowakowski, Wiener Platz Nr. 2.
 F. W. Plagwitz, Schützenstraße 23.
 Bruno Ratt, vorm. M. C. Hoffmann, Markt u. Neuestr.-Ecke.
 Anton Radomski in Jersy.
 Samuel Samter, Wilhelmstraße Nr. 11.
 Oswald Schöpe, St. Martin Nr. 23.
 Jacob Schlejinger, Wallischei Nr. 73.
 Hugo Seidel, Mühlenstraße Nr. 14.
 Ed. Stiller's Wwe., Sapiehaplatz Nr. 6.
 Hugo Spindler, (Carl Heim. Alrici & Co.) Breitestr. 14.
 Gust. Adolph Schleh, Hoflieferant Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke.
 Wlad. Alfons v. Arnub, Halldorffstraße Nr. 9.
 Paul Vorwerk, Sapiehaplatz Nr. 7.
 Jul. Placzek, Wasserstraße Nr. 8/9.

Abonnements werden bei uns sowie bei sämtlichen Distribu-
 tionsstellen ohne Preiserhöhung entgegen genommen und gelangt
 die Zeitung Morgens 7 Uhr, Mittags 11 1/2 Uhr und Abends
 5 Uhr zur Ausgabe.

Die Expedition der Posener Zeitung.

§§ Die Hypothekenbanken.

In der letzten Reichstagsession ist zum zweiten Male ein
 Gesetzentwurf unerledigt geblieben, den wir, als er zuerst im
 Jahre 1879 eingebracht wurde, erörtert haben. Es handelt sich
 darum, der Geschäftsführung der seit etwa 15 Jahren in erheb-
 licher Anzahl entstandenen Hypothekenbanken eine ihr zum Theil
 fehlende rechtliche Grundlage, namentlich in einer bestimmten
 Beziehung, zu geben. Diese Hypothekenbanken haben be-
 kanntlich den Zweck, den Grundkredit dadurch zu erleichtern
 und zu erweitern, daß er beweglicher als früher gemacht
 wird. Hypotheken lauten gewöhnlich auf so hohe Summen,
 daß schon dadurch der Kreis der Kapitalisten, an welche ein
 Grundbesitzer sich behufs Erlangung eines hypothekarischen Dar-
 lehns wenden kann, sehr beschränkt wird: es giebt viele Leute,
 welche periodisch 500 oder 100 Mk. Ersparnisse anzulegen haben,
 aber nur verhältnismäßig wenige, die für 20,000 oder 100,000
 Mark auf einmal Verzinsung suchen. Dazu kommt, daß juristische
 Bildung und oft auch Kenntnisse der Landwirtschaft oder der
 städtischen Grundbesitz-Verhältnisse erforderlich sind, um den
 Werth einer Hypothek zu beurtheilen. Aus diesen und anderen
 Ursachen war es ein unleugbares Bedürfnis, daß zwischen dem
 kreditsuchenden Grundbesitzer und dem Kapitalisten sich ein Ver-
 mittler in Gestalt der Hypothekenbanken — nach dem Vorbild
 der alten preussischen, von Friedrich dem Großen auf den Rath
 eines Berliner Kaufmanns gestifteten „Candischaften“ — ein-
 schob; die Hypothekenbank, welche mit der erforderlichen Sach-
 kunde ausgestattete Beamte hat, erwirbt die Hypothek und giebt
 in der Höhe derselben, aber zertheilt in kleine Beträge, „Pfand-
 briefe“ aus, für deren Sicherheit außer den verpfändeten Grund-
 stücken das Aktienkapital der Hypothekenbank haftet. Wird das
 Geschäft in vorfichtiger und loyaler Weise betrieben, so haben
 alle Theile Nutzen davon: der Grundbesitzer erlangt leichter
 das ihm nothwendige Darlehn, und er hat meistens auch den
 Vortheil, dasselbe in mäßigen Beträgen allmählig tilgen zu kön-
 nen; den kleinern Kapitalisten bietet sich eine, früher nur dem
 großen zugängliche Form sicherer Anlage seines Besitzes dar;
 und auch die Aktionäre der Hypothekenbank finden ihre Rechnung
 dabei.

Allein schon ziemlich bald nach der Begründung der ersten
 derartigen Anstalten zeigte sich eine Lücke in den für sie in Be-
 tracht kommenden Rechtsverhältnissen. Beschränkt eine Hypotheken-
 bank sich ausschließlich auf den ihrem Namen entsprechenden, oben
 skizzirten Geschäftsbetrieb, so ist rechtlich Alles in Ordnung. Aber
 nur die allerwenigsten dieser Banken haben solche Selbstbeschrän-

kung geübt; die meisten betrieben und betreiben nebenbei noch
 andere Geschäfte, sei es, daß sie nur einen momentan durch die
 eigentliche Aufgabe der Hypothekenbank nicht in Anspruch genom-
 menen Theil ihres Kapitals verzinsen wollen, sei es, daß sie
 regelmäßig alle Zweige des gewöhnlichen Bankiergeschäfts pflegen,
 sei es, daß sie gar — was auch vorgekommen sein soll — an
 der Börse spekuliren. Es ist klar, daß in allen diesen Fällen
 die Sicherheit, welche der Pfandbriefs-Inhaber zu besitzen glaubt,
 beeinträchtigt wird; zunächst schon durch die Gefährdung des ihm
 in zweiter Reihe haftenden Aktienkapitals der Hypotheken-Bank;
 aber auch der von den Pfandbriefs-Inhabern als selbstverständ-
 lich vorausgesetzte alleinige Rechtsanspruch derselben auf die der
 Bank gehörenden Hypotheken, auf welche die Pfandbriefe gewisser-
 maßen Anweisungen sind, wird in Frage gestellt. Sollte eine
 Hypothekenbank in Konkurs gerathen, so würden alle ihre Gläu-
 biger, auch die aus anderen, als den Hypotheken-, resp. Pfand-
 briefs-Geschäften, sich an die im Besitz der Bank befindlichen
 Hypotheken halten. Bloße Statuten-Bestimmungen können daran
 nichts ändern. Um wie bedeutende Interessen es sich hier aber
 handelt, mag man aus der einen Thatsache entnehmen, daß in
 Deutschland ungefähr 1400 Mill. Mk. Hypotheken-Pfandbriefe
 ausgegeben sind und sich ohne Zweifel zu einem großen Theil
 im Besitz des nur mäßig begüterten Mittelstandes befinden. Es
 war daher ein Akt anerkennenswerther Fürsorge, daß die Reichs-
 regierung zuerst im Jahre 1879 und von Neuem im Jahre
 1880 dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegte, welcher den
 ausschließlichen Anspruch der Pfandbrief-Inhaber auf die der
 Bank gehörigen Hypotheken gewährleisten wollte. Beide Male
 ist die Vorlage, zum Theil in Folge der Ueberhäufung des Reichs-
 tags mit Arbeiten, welche von vorn herein aussichtslos waren
 und ihm daher hätten erpart werden können, unerledigt geblie-
 ben, das zweite Mal aber allerdings auch noch aus einem an-
 deren Grunde: durch gewisse neuere Erscheinungen auf dem Ge-
 biete des Hypothekenbankwesens ist der Zweifel angeregt worden,
 ob jene, wesentlich formale Maßregel der Gesetzgebung genügt,
 ob es nicht einer weiter greifenden Regelung des Hypotheken-
 bankwesens bedarf.

Wenn dafür gesorgt würde, daß beim etwaigen Zusammen-
 bruch einer Hypothekenbank ausschließlich den Pfandbrief-
 Inhabern die vorhandenen Hypotheken gehörten, so wäre das
 immerhin etwas; aber nicht viel, sofern sich herausstellen
 sollte, daß auch das Geschäft der Beleihung von Grundstücken
 in leichtsinniger Weise betrieben worden, und daß in Folge dessen
 die vorhandenen Hypotheken nicht den Werth des Betrags der
 dafür ausgegebenen Pfandbriefe haben. Und die Beforgnis, daß
 es sich bei einzelnen dieser Banken in der That so verhalten
 könnte, ist neuerdings entstanden, wenngleich anzunehmen ist, daß
 sie betreffs der meisten nicht gehagt zu werden braucht. Die preussische Regierung hat sich genötigt gesehen, mehreren
 Hypothekenbanken die beabsichtigte Vertheilung einer Dividende
 auf Grund des staatlichen Aufsichtsrechtes zu untersagen. Auch
 andere Thatsachen sind geeignet, Bedenken zu erregen. Es ist
 allgemein bekannt, daß eine Anzahl Hypothekenbanken es für zu-
 lässig gehalten haben, die wilde Bauspekulation, welche vor eini-
 gen Jahren in den meisten großen Städten herrschte, durch
 überaus weit gehende Gewährung von Hypotheken-Kredit zu
 unterstützen; die Folge davon ist, daß die meisten dieser Banken
 bei einer großen Anzahl von Substationen betheiligt waren,
 und daß sie, um ihre Hypotheken nicht ausfallen zu lassen, die
 Häuser selbst erstehen mußten; so ist es gekommen, daß manche
 jetzt fast mehr Grundbesitzerbanken als Hypothekenbanken sind.
 Eine sehr fleißige, in der neuesten Nummer des „Deutschen
 Handelsblattes“ von Herrn F. B. a. s. veröffentlichte Zusammen-
 stellung der finanziellen Verhältnisse der deutschen Hypotheken-
 banken giebt in dieser Beziehung zu denken. Eine derselben hat
 auf je eine Million Hypothekenforderungen, welche sie besitzt, für
 459,000 M. Grundstücke übernehmen müssen, eine andere auf
 je eine Million für 218,000 M. Das sind sehr kritische Zahlen,
 die zwar noch keine Gefährdung der betr. Pfandbriefs-Inhaber
 zu bedeuten brauchen — denn die Grundstücke werden, weil in
 der Substation, wohl billig erstanden sein, und es ist immerhin
 noch ein bedeutendes Aktienkapital als ergänzende Garantie vor-
 handen —; aber jene Zahlen beweisen, daß in dem Geschäfts-
 betriebe vieler Hypothekenbanken Reformen erforderlich sind. Die
 Forderung, welche auch der sachkundige Verfasser des erwähnten
 Aufsatzes erhebt: gesetzliche Normativbedingungen für das Ver-
 fahren der Hypothekenbanken zu erlassen, kann daher mindestens
 nicht von vornherein zurückgewiesen werden; es bleibt nur abzu-
 warten, ob sich Normen vorschlagen lassen, von denen die künftige
 Verhütung solcher Uebelstände, wie sie bisher vorgekommen sind,
 zu hoffen ist.

?? Die angebliche Verwilderung des Volkes als Folge des Kulturkampfes.

Seit ungefähr sieben Jahren haben die Ultramontanen die Phrase
 erdichtet, „das Volk verwildere in Folge des Kultur-

kampfes.“ Diese Phrase wurde so lange von ihnen wiederholt, bis
 sie auch von konservativen Blättern adoptirt und von den Lesern ge-
 glaubt wurde. Auf ihren Werth wurde die Behauptung von keiner
 Seite geprüft und die konservative Partei hat ihr auch erst dann Glauben
 beigemessen, oder sich vielleicht nur den Schein gegeben, daß sie
 daran glaube, als sie mit dem Centrum im Bunde ins rechte reaktio-
 näre Fahrwasser gelangte. Die liberale Partei hat sich bisher dieser
 Phrase nicht bedient, um einen Schatten auf die Folgen der wichti-
 gsten kirchenpolitischen Gesetze zu werfen, und hat ihr gerade so viel
 Glauben beigemessen, wie den Wundererzählungen von Wapingen und
 Dietrichswalde. Sie hat aber diese Phrase bislang zu wenig beachtet,
 und daher mag es kommen, daß die letzteren jetzt schon von einem
 liberalen Abgeordneten, Dr. Gneist, benutzt wird, um für die (wenn
 auch etwas veränderte) Gesetzesvorlage der Regierung zu plaidiren.

Es ist wohl Zeit, einmal — wenn auch nur in aller Kürze —
 die ultramontane Phrase, die zur Parole Aller derer zu werden droht,
 die des sogenannten Kulturkampfes satt, einen Spaziergang nach
 Canossa machen möchten, zu beleuchten, und wir wollen zu diesem Be-
 hufe eine Beantwortung der Frage versuchen, in welchen Erscheinungen
 sich denn die angebliche Verwilderung des Volkes zeigt, auch ihren
 Ursachen auf den Grund sehen.

Wenn uns eine Kriminalstatistik zu Gebote stände, würden wir
 gewiß aus ihr ersehen, daß sich Verbrechen und Vergehen gegen das
 Eigenthum und Leben des Nächsten, sowie gegen die Sittlichkeit nur
 in dem Verhältnisse gemehrt haben, als die Bevölkerung gewachsen ist,
 und auch dieses wäre wohl kaum der Fall gewesen, wenn die Schule
 nicht während einer langen Periode gefesselt und auf das Einbläuen
 von unverständnem Gedächtnisraum beschränkt gewesen wäre, trotzdem
 sie doch gerade während dieser ganzen Periode unter der Aufsicht und
 dem Einflusse der Geistlichkeit stand.

Außerdem ist aber auch noch der Umstand in Betracht zu ziehen,
 daß in der Neuzeit sich das Rechtsgefühl gehoben hat, und durch das
 Strafrecht Handlungen als Vergehen oder Verbrechen verfolgt werden,
 die in andern, weniger zivilisirten Ländern unter jeder solche nicht
 betrachtet, oder vom Beschädigten nicht zur Anzeige gebracht, also auch
 vom Strafrichter nicht verfolgt werden. Wir erinnern nur an die klei-
 nen Felddiebstähle, die man im benachbarten Polen und Rußland gar
 nicht bestraft. Wir überlassen die Vergleichung des einschläglichen
 Materials Statistikern von Fach, bemerken jedoch, daß, wenn sie sich
 an die Arbeit machen, sie nicht allein den „Kulturkampf“, sondern auch
 die durch die wachsende Bevölkerung erwirkten Erwerbsverhältnisse,
 und den hierdurch schwieriger gewordenen „Kampf um's Dasein“ mit
 in Rechnung ziehen müssen, wenn ihre Schlüsse nicht einseitig und
 falsch sein sollen. Wir wollen nur eine Seite, die praktische, beleuch-
 ten, da wir nicht einzusehen vermögen, wie gerade der Kulturkampf
 und die aus demselben resultirende „Verwilderung“ einer verhältnis-
 mäßig geringen Anzahl von Proleten die Schuld an der behaupteten
 Verwilderung der Menschheit sein soll.

Die Geistlichkeit wirkt (es ist dies ja ihr Beruf) durch Wort
 und Beispiel. Man wird sich aber vergebens bemühen, uns zu
 beweisen, daß die Geistlichen den Religionsunterricht in den Elementar-
 schulen ihrer Pfarochien persönlich erteilt haben; sie begnügen
 sich im besten Falle damit, alle vier Wochen (häufig aber auch alle
 Jahre) ein Mal in die Schule zu kommen und sich davon zu über-
 zeugen, ob die im Katechismus enthaltenen Dogmen (auch die Moral
 ist in diesem Katechismus dogmatifirt) tüchtig memorirt sind. Nicht
 anders wurde die biblische Geschichte behandelt; auch sie war Material
 für's Gedächtnis und hauptsächlich darauf berechnet, die Unantastbarkeit
 der Dogmen zu beweisen. Den Schlüßstein dieser „religiösen Bildung“,
 die Krönung derselben, bildete die während der siebenwöchentlichen
 Fastenzeit bewerkstelligte Vorbereitung für die erste Beichte und Kom-
 munion, — und hiermit endete die ganze religiöse Erziehung und
 wissenschaftliche Bildung des Volkes, aus dessen Schulen die Natur-
 wissenschaften verbannt waren, weil der mechanische Religions-
 unterricht die meiste Zeit absorbirte. Diese Art des Religionsunterrichtes
 konnte unmöglich das Herz der Kinder veredeln; sie konnte höchstens
 zur Einimpfung der Intoleranz gegen Andersgläubige dienen, da die
 Kleinen rechtzeitig mit den Unterchieden der Dogmen der katholischen
 Kirche und der gegen sie protestirenden Glaubensgemeinschaften bekannt
 gemacht werden, wobei man natürlich nicht vergaß, darauf hinzuweisen,
 daß nur derjenige, der Alles glaubt, was im römisch-katholischen
 Katechismus steht, des ewigen Seelenheils theilhaftig werden könne.

Da nach Beginn des sogenannten Kulturkampfes und nach Be-
 seitigung der geistlichen Schulinspektoren der Religionsunterricht eben-
 falls durch die Lehrer erteilt wird, die sich auch vorher mit ihm befaßt
 haben; da ferner der Religionsunterricht in den jetzigen Schulen, wenn
 nicht besser, so doch gewiß nicht schlechter, als ehemals, erteilt wird,
 fällt auch der Vorwurf, die neue, sogenannte Laik'sche Schule habe
 zur Verwilderung des Volkes beigetragen, von selbst fort, und dies
 wird dadurch bewiesen, daß, mit Ausschluß einiger jugendlicher Ver-
 brecher, an denen es zur Zeit des Mühler-Stiehlischen Systems und
 der Ueberausicht der Geistlichkeit über die Schulen durchaus nicht ge-
 mangelt hat, die ganze Masse von Verbrechen von Personen begangen
 werden, welche noch aus dieser von der Reaktion und den Ultramon-
 tanen so gepriesenen Schule hervorgegangen ist.

Als die wichtigsten Veredelungsmittel, welche sich in den Händen
 der katholischen Geistlichkeit befinden, werden der Beichtstuhl und
 die Kanzel genannt.

Wir wollen hier ganz und gar das Dogmatische des Beichtinsti-
 tutes nicht berühren, da uns hier nichts ferner liegt, als für oder
 gegen dasselbe aufzutreten; aber über die Handhabung dieses
 Mittels müssen wir ein Wort sagen, selbst auf die Gefahr hin, den
 Zipfel des Vorhanges, hinter dem sich diese Handhabung verbirgt, ein-
 wenig zu lüften.

Daß der Mensch, der sich seiner Pflichten bewußt ist, und sie im
 Leben treu erfüllt, nichts zu beichten hat, darf doch wohl nur von denen
 bestritten werden, welche den Ausspruch der Bibel, daß der Gerechteste
 täglich sieben mal siebenundsiebzig mal sündige, à la lettre glauben.
 Sie selbst gestehen ja zu, daß dies Sünden sind, welche den menschlichen
 Gebrechen entstammen und von denen der Mensch nicht einmal weiß,
 daß er sie begangen habe. Wie ist es möglich, daß selbst der Gläu-
 bigste eine Sünde beichte, von der er nicht einmal weiß, daß er sie be-
 gangen habe, oder daß sie überhaupt existirt? Für den ungebildeten,
 seiner Pflichten sich nicht bewußten Menschen, und zu diesen zählt die
 große Volksmasse, die kaum eine elementare Schulbildung erhalten hat,
 giebt es überhaupt keine Sünde, und Schreiber dieses hatte oft genug
 Gelegenheit, sich in der Nähe des Beichtstuhls davon zu überzeugen,
 daß Bauern zwar beichteten, sie hätten bei einem Kreuze oder Heiligen-

bilde vorbeigehend, die Mähe nicht abgenommen, an einem Mittwoch, Freitag oder Sonnabend, während der vierzigstägigen Fasten Milchspeisen genossen, aber dem Priester nicht sagten, daß sie dem Nachbar auf seinen Feldern zum Schaden Vieh gehütet, ihm Getreide vom Felde u. dergl. gestohlen haben. Die Leute beichten eben nur das, was sie subjektiv als Sünde betrachten. Es soll ja nicht bestritten werden, daß der Geistliche häufig die Sünden aus dem Bönitentent herausfatechirt, indes thut dies bei Weitem nicht alle, und beim Andrange zahlreicher Beichtiger zum Beichtstuhl ist auch der pflichteifrigste Geistliche es zu thun nicht im Stande; er muß dann die laizere Praxis befolgen, nach welcher er dem Bönitentent die Absolution ertheilt, wenn dieser ihm das gebeichtet hat, was er für Sünde hielt. Das Institut der Beichte kann sonach, von diesem Standpunkte aus betrachtet, nicht als Präservativ gegen die Verwilderung der Sitten gelten.

Der Beichtstuhl hat aber noch eine zweite Seite, denn zur Beichte gehören zwei: der Beichtende und der Beichtvater.

Erfüllt aber jeder Beichtvater seine Pflichten als solcher? Viele Geistliche betrachten das Beichtbören als eine Art Frohn- dienst und verfahren in einer so lauen Weise, daß die ganze Beichte zu einer leeren Form zusammenschrumpft. Andere mißbrauchen den Beicht- stuhl, um Haß gegen Andersgläubige zu säuen, indem sie, was ja schon häufig in Pöfen selbst vorgekommen ist, katholischen Dienstboten, welche bei Protestanten oder Juden dienen, die Absolution bis dahin verweigern, wo sie den Dienst verlassen und bei einer katholischen Herrschaft in Dienst treten.

Eine Benützung des Beichtstuhls, wie die soeben treu nach der Wirklichkeit geschilderte, kann unmöglich zur Veredelung des Volkes beitragen.

Aber der Beichtstuhl wurde auch schon in schreckenerregender Weise zur Korruption der Sittlichkeit mißbraucht und wurden oft genug solche Schändlichkeiten in den Sakristeien verübt. Die Älten mancher Demeriten bieten hierzu schauerliche Belege und doch enthalten sie nur einen Bruchtheil dessen, was in Wirklichkeit geschehen ist, denn es wurde nur das bestraft, was sich durchaus nicht mehr vertuschen ließ. Wo Geistliche, Amtsbrüder und Studienfreunde des Angeklagten den Pro- zess leiten, müssen die Beweise schon himmelschreiend sein, wenn sie ver- nommen werden sollen, zumal wenn auch der oberste Richter, der Erz- bischof, alle Anklagen als „unbegründete Gerüchte“, oder gar als „falschliche Erfindungen“ zurückweist. Wir haben manches Ältenfascikel durchstudirt, aus dem, trotz der klaren gegentheiligen Beweise, diese erz- bischöfliche Entscheidung herauströnt. Die Benützung des Beichtstuhls in dieser Weise trägt nicht nur nicht zur Veredelung der Sitten bei, sondern sie erzeugt im Gegentheil eine beispiellose Verwilderung. Denjenigen, welche den Ultramontanen nachsagen, der Kultur- kampfs habe eine Verwilderung der Sitten des Volkes erzeugt, empfeh- len wir die Älten der Pöfener und Gnesener Demeriten zum Studium.

Man kann uns entgegenen, daß Fälle dieser Art doch nur zu den Seltenheiten gehören und wir können dies zur Ehre des ganzen geist- lichen Standes zugeben, ohne daß dadurch unsere Behauptung, daß der Beichtstuhl an und für sich noch kein Veredelungsmittel für die großen Volksmassen sei, irgendwie abgeschwächt würde. Er wurde mißbraucht, trotzdem die Kirche den Geistlichen verbietet, in den Sakristeien und in ad hoc nicht eingerichteten Beichtstühlen einen nicht taubstummen Menschen Beichte zu hören, ein Verbot, das den Laien nicht mitgetheilt wird; es kann also mißbraucht werden!

Eine der wichtigsten Pflichten der Geistlichen ist die Pflicht zum Lehren, und hierzu dient vorzugsweise die Kanzel. Hier ist nun vor allen Dingen hervorzuheben, daß das Hören der Predigt keine Haupt- forderung der Kirche, keine Hauptpflicht des Katholiken sei. In dem vor uns liegenden, in den Pöfener Gymnasien und Schulen eingeführten Katechismus, in welchem übrigens der Jesuitenordenprä- fonsirt wird, heißt es Seite 87:

„Was für göttliche Werke soll man am Sonntag ausüben?“ „Man soll 1. der heiligen Messe und nach Möglichkeit dem übrigen Gottesdienste, namentlich der Predigt und Christenlehre bei- wohnen.“

Und Seite 99: „Was wird uns im zweiten Kirchengebote befohlen?“ „An allen Sonn- und Feiertagen dem heil. Messopfer mit „gebührender Aufmerksamkeit, Ehrfurcht und Andacht beizumohnen.“

Das Hören der Predigt, d. h. der Belehrung, ist somit keine un- bedingte Pflicht des Katholiken; sie bildet nicht den Hauptbestand- theil der kirchlichen Andacht, sondern ist eine Zuaabe, die dadurch not- wendig geworden ist, daß die Messe in einer dem Volke vollständia

unverständlichen Sprache abgehalten wird; sie ist lediglich ein Ersatz für die während der Messe in lateinischer Sprache gelesenen oder ge- sungenen Episteln und Evangelien. Aber auch abgesehen davon, daß die Predigt nur eine Nebenthat zur katholischen Andacht ist, wird sie auch von den Geistlichen nicht zur Belehrung des Volkes über seine Menschenpflichten benutzt; sie gehört mit zu dem Apparate, durch welchen die Dogmen dem Volke nicht erklärt (ein Dogma ist ja an und für sich unerklärlich und muß lediglich geglaubt werden), sondern ins Gedächtnis geimpft werden. Hauptgegenstand bilden die Wunder der verschiedenen Heiligen und wir haben persönlich im Pöfensen recht viele Predigten gehört, in denen das Innere des Himmels, die Rangordnung, welche unter den Engeln herrscht und von ihnen beob- achtet wird, ja sogar die Kleidung Marias, in welcher sie zum Himmel emporgetragen wurde, so detaillirt beschrieben wurden, als ob der Geistliche alles dieses mit eigenen Augen geschaut hätte. Andererseits haben wir wieder Predigten gehört, in denen der ganze Apparat der Hölle, die Kessel mit Theer, in denen die Seelen der Bösen gefocht, die Peinageln, auf denen sie aus einem Feuerpfuhl in den anderen ge- worfen werden, eingehend geschildert wurden. Unter den vielen Geist- lichen, die wir predigen gehört haben, entfallen wir uns nur dreier, melch: die Moral als Menschenpflicht und nicht als Na- tionalität gepredigt haben; sie wurden (vor ca. 40 Jahren) als Na- tionalitäten verschrien; heute wären sie unmöglich.

Eine Folge davon, daß die Predigt nur eine untergeordnete Zu- that zum katholischen Gottesdienste ist, und nicht von allen Gläubigen gehört zu werden braucht (auch nicht gehört wird), so wie daß ne- ediglich zum Dogmatifiren benutzt wird, ist, daß eben die Predigt nicht den Einfluß auf die Sittlichkeit üben kann, den sie ihrer Natur nach, d. h. wenn sie als wirkliches Mittel zur Belehrung über pra- tische Moral benutzt würde, haben könnte. Dies erklärt uns auch t heilweise die Erscheinung, weshalb unser polnisches Landvolk, ja sogar die Kleinstädter, nach einer Predigt über die Sündhaftigkeit t der Trunkenheit schnurstracks in die Schänken eilen und sich dort betrinken. Wir glauben, daß nicht viele Geistliche sich rühmen können, durch ihre Predigt einen Säuer befördert zu haben. Man frage nur unser Land- volk, wenn es aus der Kirche kommt, was der Geistliche gesagt hat, und man wird sich überzeugen, daß es nichts, gar nichts vom Inhalte der einstündigen Lehre aufgefaßt hat. Der Geistliche hat sehr schön gesprochen! — dies die gewöhnliche Antwort auf eine solche Frage. Die Ursache dafür, daß der gemeine Mann von der Predigt nichts aufgefaßt, ist außer den bereits oben angeführten auch die, daß das Volk viel zu ungebildet ist, um ei. er einstündigen Rede zu folgen.

Also auch die Kanzel ist kein Mittel gegen die sogenannte Ver- wilderung des Volkes, gerade der Umstand, daß die Ultramontanen über die wachsende Verwilderung schreiben, ist der Beweis hierfür, denn die Massen sind erst verwildert, welche sie selbst bis zum Beginn des Kulturkampfes unter ihrer Zuchttrube hatten.

Der Geistliche soll endlich durch sein eigenes Beispiel wirken. Wir wollen uns hier einer eingehenden Schilderung enthalten, denn sie würde schwarz in schwarz ausfallen müssen. Wir wollen nur andeuten, daß das polnische Volk sehr wohl weiß, was die „Schwestern“ und „Cousinen“ auf den Propheete bedeuten; daß es sehr wohl weiß, wie der Propst und Vikar es mit dem Gelübde (nicht Eide) der Keuschheit nicht allzugau nehmen; daß es ganz gut über die Orgien unter- richtet ist, welche hin und wieder während der Ablässe von manchen Seelenhirten begangen werden; daß es genau weiß, daß dieser oder jener Seelenhirt eifriger eine Taille karten, als daß Brevier durch- blättert, oder Bachus nicht minder huldigt, als viele gewöhnliche Sterbliche. Der Umstand, daß das Volk alles dieses weiß, und sich häufig über den Jegomose (Sr. Hochwürden) und seine Schwächen unterhält, ist mit eine Ursache der Unfruchtbarkeit der Wirksamkeit vieler Seelforger, denn das Volk glaubt dem Sophismus: „handle nach meinen Worten, nicht nach meinen Thaten“ — nicht. Auf Rechnung des schlechten Beispiels seitens vieler Geistlichen kann man ruhig auch manche Ausschweifungen des Volkes schreiben, welche man an so ge- nannten Gnadenorten, wo der Ablass die Volksmassen für einige Tage und Nächte (häufig für eine ganze Woche) verammelt, sehen kann.

Aus Obigem erhellet, daß nicht der Kulturkampf an der Verwilderung des Volkes schuld ist. Diese Verwilderung existierte vor Erlaß der kirchenpolitischen Gesetze und wird so lange existiren, bis eine rationell geleitete Schule mehrere neue Geschlechter erzogen haben wird. In Schweden und Norwegen herrscht keine Verwilderung des Volkes, trotzdem dort keine katholische Geistlichkeit thätig ist; das Volk wird eben seit Jahrhunderten in der Schule rationell erzogen.

Vorliegendes ist nicht geschrieben, um gegen die Beseitigung des

wirklich schädigenden Verunreinigungen vor. Es liegen unter den zur Konkurrenz für den Preis des Königs von Sachsen ein- gelieferten Schriften Arbeiten vor, welche mit großer Sorgfalt und großem Fleiß ausgeführt worden sind, von dem besonderen Ge- sichtspunkte aus: „die Widerstandsfähigkeit der erwachsenen Fische gegen Verunreinigungen.“ Nach einigen solchen Versuchen hat arzenige Säure beim Experiment nur eine geringe schädigende Wirkung. Es ist damit aber noch nicht gesagt, wie die Wirkung wäre, wenn der Fisch im freien Wasser sich befände. Die Zu- setzung von feinsten Holzfasern soll im Experiment im Kleinen nichts schaden, dagegen ist sie in feinsten Vertheilung im freien Wasser äußerst schädlich. Aeskalk wirkt im Experiment giftig, in bestimmter Weise aber angewendet wird er zur Desinfizierung des Wassers gebraucht. Ebenso verhält es sich mit den Mangan- verbindungen, welche im Experiment giftig wirken, sonst aber zur Desinfizierung angewendet werden. Diese Stoffe gehen dann eben, wenn sie zur Desinfizierung angewendet werden, im freien Wasser solche Verbindungen ein, welche sie so verändern, daß sie die Schädlichkeit verlieren. Andere sorgfältig geführte Versuchs- reihen gaben sich die Mühe, den Verlauf einer akuten Ver- giftung durch verschiedene Stoffe festzustellen. Die Wirkung solcher Gifte wird sich doch im freien fließenden Wasser weit geringer erweisen. Der Gehalt des Wassers an organischen und unorganischen Stoffen, die Veränderungen derselben, die Wirkung der Luft, die Wassermenge, die Fischmenge in einem bestimmten Gewässer, die Temperatur des Wassers, alle diese Dinge haben Einfluß auf das Leben der Fische und können durch das Experi- ment nur wenig oder gar nicht festgestellt werden. Die Frage also ist vor allem dahin zu stellen: „wie verhalten sich die Brut und die Fische dauernd in dem betreffenden Gewässer unter den betreffenden Einflüssen“. Und um dies genau festzustellen, wer- den für die Zukunft nach folgenden Grundsätzen erst genaue Be- obachtungen angestellt werden müssen.

Die lokalen Bedingungen sind meistens von der weit- tragendsten Bedeutung. Sie müssen an Ort und Stelle selbst durch andauernde Beobachtungen der Fischereivereine, durch Private in ihrer fortschreitenden Wirkung, durch Vergleichung mit benachbarten Gewässern aufgezeichnet und festgestellt werden. Man muß dabei beobachten, ob ein verminderter Zugang an Fischen eintritt, ob die Fische noch laichen oder in verminderter Maße, ob eine Verminderung des Zugangs von jungen Fischen stattfindet, in welchem Alter sie laichen, ob hierin Veränderungen

Kulturkampfes anzufeuern; es soll bloß beweisen, daß die Behauptung der Ultramontanen, daß Volk sei in Folge des Kulturkampfes ver- wildert, eine — Fabel sei.

Deutschland.

+ Berlin, 22. Juni. [Die Kirchenvorlage.] Die Zurückdämmung geistlicher Uebergriffe.] Die Verhandlungen über die Kirchenvorlage haben heute ein etwas rascheres Tempo angenommen und es ist mög- lich, daß die zweite Lesung schon morgen, jedenfalls aber über- morgen zu Ende geht. Die dritte Lesung wird alsdann voraus- sichtlich am nächsten Montag und Dienstag stattfinden. Der Ge- setzentwurf kommt ganz in derselben zerrissenen und zusammen- hanglosen Gestalt aus der zweiten Lesung wie aus der Kom- missionsberatung, und für das schließliche Schicksal der Vorlage wird es auch nach Beendigung der zweiten Lesung ebenso al- len sicheren Anhaltspunkten fehlen, wie die ganze Zeit über. Wenn heute Herr v. Schorlemer bereits den Kultusminister und die nationalliberale Partei sich in den Armen liegen und auf Rührung über die glückliche Rettung des Gesetzes weinen zu sehen glaubte, so vermögen wir die Umrisse dieses Zukunftsbildes durch- aus noch nicht zu erkennen. Im Gegentheil, es ist wohl zu be- achten, daß der wichtigste Artikel, der bis jetzt zu Stande ge- kommen, mit Hilfe des Zentrums eine Majorität erhielt, und daß Herr v. Puttkamer bei Verathung des Art. 4 ausdrücklich die, wie uns scheint, nicht genug beachtete Bemerkung machte, daß die Annahme der Vorlage von Seiten einer konse- vativ-klerikalen Majorität für die Regierung zwar eine Werthverminderung enthalte, daß ihr aber absolut ein- schreckend der Gedanke nicht sein würde. Nach Allem, was in- zwischen vorgegangen, ist der Gedanke, daß in dem von Herrn v. Schorlemer geschilderten Schlußtableau vielmehr das Zentrum berufen ist, eine aktive Rolle zu spielen, keineswegs leicht hin zu- weichen. Daß die Regierung Art. 4 der Verständigung mit den Nationalliberalen zum Opfer zu bringen sich entschließen werde, dafür liegen bis jetzt wenigstens keinerlei Anhaltspunkte vor. Der Kultusminister hat den Artikel gestern noch ganz mit der alten Entschiedenheit aufrechterhalten und als den Mittel- punkt des ganzen Gesetzes bezeichnet. Und selbst wenn der Arti- kel fallen gelassen würde, so würde man unseren Informationen nach sehr irren, wenn man damit alle Bedenken für die nati- onalliberale Partei aus dem Weg geräumt glaubte. Mit der Verständigung, welche verschiedene Preßberichte schon geschildert haben, hat es noch gute Wege, zumal da die Regierung her nicht das Geringste gethan hat, der Verständigung irgend welche Opfer zu bringen. — In der Provinz Hannover, wo eine besonders selbstbewusste und von Berlin beinahe ganz un- abhängige lutherische Landeskirche besteht, lassen sich mitunter auch die Staatsbehörden über die rechte Linie hinaus in deren Dienst ziehen. Wir haben früher angeführt, wie der dortige Oberpräsident dem von Machtbestreben eingegebenen Wunsche der Geistlichkeit, die Vornamen-Beilegung an die Tauf- gefnüpft zu erhalten, auf Kosten der Standesämter sich anbe- quemt hatte. Der hierüber öffentlich erhobenen Beschwerde hat nun der Minister des Innern, Graf Eulenburg, durch einen be- richtigenden Erlaß an alle Standesämter Recht gegeben. Er mahrt vollaus die Würde des staatlichen Amtes und die Meinung des Gesetzes. Der Gesetzgeber, sagt er, betrachte offenbar als Regel die Anmeldung der Vornamen schon bei der Geburtsan- zeige. Er muß ja doch auch klärllich wünschen, daß sein Staat

eingetreten sind und unter welchen Erscheinungen diese vor sich gehen. Nur auf diese Weise wird man der Lösung der Frage erheblich näher treten können, namentlich wenn man gleichzeitig einen Blick auf die organischen Feinde der Fische thut, welche ihre Existenz der Verunreinigung der Gewässer verdanken. Ist die große Bedeutung der mikroskopischen Fäulniszerreger, der Bakterien“ zu erwähnen. Als Carl Vogt in der Gartenlaube das Entsetzen des Aufsehers des Aquariums von Neapel schilderte, der mit dem Schreckensruf herangekommen sei: „Die Vibrationen sind da“, da haben die meisten Laien sich wohl nicht recht vorstellen können, was das zu bedeuten habe, und doch kann die Erklärung des ganzen Instituts vielleicht von diesen Organismen in Frage gestellt werden. Die Wirkung derselben ist wie die der Fermente der Gese, eine zerlegendende. Der durch die Spaltungsprozesse an- derer Organismen frei werdende Sauerstoff wird von ihnen ab- sorbirt in organische Substanz übergeführt, die weiteres Fäulnis veranlaßt. Die zerlegendende Wirkung der Bakterien ist haupt- sächlich auf das Zellprotoplasma der Zelle gerichtet, namentlich bei jugendlichen Zellen, die sie zerlegen. Wir sehen niedere Zoofusorien, welche oft die Nahrung der Fische bilden, verschwinden sie werden von den Bakterien gleichsam aufgefressen. Eier, junge Fische werden von denselben angefaßt und gehen zu Grunde. Es erscheinen neue Reihen von Organismen, die dann schon neben höheren Thieren existiren können, indem sie Sauerstoff ausatmen. Die chlorophyllhaltigen grünen Algen, welche in den Schriften für schädlich gehalten werden, sind es eigentlich für Fische nicht. Nur wenn sie im Uebermaß vorhanden sind, dann faulen sie, es treten wieder Bakterien auf.

Besonders gefürchtet und schädlich sind die Schimmelpilze, unter denen die nicht chlorophyllhaltigen, farblosen die schlimmsten sind. Sie wirken in ähnlicher Weise wie die Bakterien. Durch Strömungen halten deren Entwicklung am meisten zurück. Durch reichlichen Sauerstoff in der umgebenden Materie der Erde oder dem Wasser werden sie unschädlich.

Auch durch die Entziehung der Nahrungstoffe bei Verun- reinigungen kann die Fischzucht geschädigt werden, worüber bis- Aquarien keinen Aufschluß geben können. Wir wissen, daß die kleinen Krebse für die Korregionen das wesentlichste Nahrungs- mittel bilden und dadurch, daß diese Thierchen vertilgt wurden, auch die Fische verschwanden. Es ist somit nicht immer nothwendig, daß die Fische selbst direkt sterben. Man muß daher feststellen, ob die niedere Flora oder Fauna

Die Verunreinigung der Gewässer und deren Hebung.

I.

Der Streit des Widerspruchs der Interessen zwischen der Fischzucht einerseits und der Industrie andererseits durch die schädlichen Efluvien, welche letztere in die Flüsse leitet, unter denen einige Staaten sehr leiden, hat die Aussetzung eines Preises des Königs von Sachsen zur besten Lösung dieser Frage hervorgerufen, dem sich der preußische Minister der Landwirth- schaft mit einem weiteren Preise von 600 Mark angeschlossen hat. Ueberblicken wir den augenblicklichen Stand dieser Ange- legenheit und die verschiedenen Vorschläge zu ihrer Erledigung, so ist zu fürchten, daß diese so wichtige Frage noch lange uner- ledigt bleiben wird. Indes ist durch die Aussetzung des vom König von Sachsen gestifteten Preises gewiß eine wichtige neue Anregung gegeben worden, die sehr wesentlich zur Klärung der Ansichten beitragen wird. Der Hauptnutzen aber wird der sein, die wichtige Frage in weitere Kreise zu tragen, das größere Pu- blikum auch für dieselbe zu interessieren. Es ist bereits viel mehr auf diesem Gebiete gethan und gearbeitet worden, als man nach dem bisherigen Effect meinen sollte. Die Arbeiten haben eines- theils den gewünschten Nutzen nicht, weil sie einseitig gewesen sind, oder anderentheils die Mittel zu ihrer Lösung verfehlt waren. Es ist auch eine verhältnismäßig einseitige Würdigung der Vorfrage: „was ist den Fischen eigentlich schädlich“ schuld daran gewesen, die meistens für leichter gehalten worden, als sie wirklich ist. Es sind nämlich sehr verschiedene Momente, welche das Leben und Gedeihen der Fische schädigen können. Zunächst solche, welche direkt der Gesundheit der erwachsenen Fische nach- theilig sind. Diesen hat man sich hauptsächlich zugewendet. Aber es giebt ebenso Dinge, welche den Laich, die Brut, die jungen Fische in verschiedenen Lebensaltern wie das Brutgeschäft selbst schädigen, andere, die durch Entziehung der Nahrung die Fische vertreiben, ihr Auswandern veranlassen. Die Beförderung des Wachstums irgend eines Stoffes, welcher das Leben der Fische stört, ist zu berücksichtigen. Alles das ist den Fischen schädlich, was ihre Existenzbedingung verändert. So vor allem die Be- günstigung der Feinde der Fische, und hier sind die mikroskopi- schen, niederen Organismen von weit größerer Bedeutung als die größeren, die weit weniger Einfluß ausüben.

Eine große Differenz der Meinungen herrscht noch über die

Beamter nicht ohne Noth mit demselben Ereigniß mehrmals zu thun bekomme. Mit einer bloßen Versicherung der Gebamme B., die Namen ständen noch nicht fest, die vielleicht auf ungenügender Erkundigung beruhe, soll jener sich nicht abspesen lassen. Werden die Vornamen aber ausnahmsweise nachgeliefert, so soll dies mündlich und durch den Angehörigen selbst oder eine andere aus eigener Wissenschaft unterrichtete Person geschehen. Oberpräsident v. Leipziger hatte als Motiv seines Erlasses angegeben, daß es dringend wünschenswerth sei, zwischen den ins Standesregister eingetragenen und den bei der Taufe genannten Namen keine Verschiedenheit aufkommen zu lassen. Der Minister erkennt diesen Beweggrund völlig an, aber er findet nicht, daß man deshalb von der Norm des Gesetzes soweit abzuweichen nöthig habe. Vielmehr soll darauf hingewirkt werden, daß die Geistlichen vor der Taufe sich die auch die Vornamen enthaltende Bescheinigung des Standesamts, welche ja gebührenfrei erfolgt, vorlegen lassen. So ist der Spieß auf's Geschickste herumgedreht und die Absicht des Reichsgesetzes gewahrt. Nicht durch die Taufe werden die rechtlich gültigen Vornamen beigelegt, sondern durch die Angabe beim Standesamt und die demgemäß erfolgende Eintragung in's Standesregister, nach welcher der Geistliche sich ebenfögt, wie vorkommendenfalls der Richter oder eine Verwaltungsbehörde zu richten hat. Wir können die Entscheidung des Ministers des Innern nur höchlich anerkennen. So lange die Geistlichkeit, evangelische oder katholische, immer noch glaubt, das ihr rechtskräftig entzogene Gebiet rein äußerlichen Einflusses schrittweise vertheidigen zu müssen oder gar noch einmal wiedererobern zu können, anstatt sich auf die eigenthümlichen inneren Machtmittel zu beschränken, muß der Staat ihr ruhig aber fest den Stärkeren zeigen.

C. Berlin, 22. Juni. [Zur kirchenpolitischen Vorlage.] Wie wir bereits gestern andeuteten und heute noch bestimmter herausstellt, hat die gestrige Rede Bennigsen's vielfach die Vermuthung erzeugt, daß ein liberal-konservatives Kompromiß über die Kirchenvorlage wahrscheinlicher geworden sei. Der bekannte Ansicht Bennigsen's, daß für die Liberalen mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung jeder Konflikt mit dem Kanzler gefährlich sei, würde es entsprechen, wenn der hannoversche Abgeordnete gestern gleichzeitig im Hinblick auf zwei Eventualitäten, d. h. auch auf die, daß er und seine Freunde schließlich in der Opposition sein würden, gesprochen, wenn er für diesen Fall hätte konstatieren wollen, daß er bereit war, bis an die äußerste Grenze des Möglichen in der Nachgiebigkeit zu gehen. Wenn wir diese Interpretation der Rede erwähnen, so geschieht es, weil eine tatsächliche Veränderung der bisherigen Situation nicht vorliegt. Die Beratung derer, welche das Kompromiß bereits fertig sehen, auf den Beschluß der Nationalliberalen, den Art. 9 in der zweiten Lesung nach der Fassung des Amendements Vandenberg anzunehmen, ist nicht zutreffend: an sich, ohne Rücksicht auf die Frage betrachtet, ob jetzt überhaupt staatliche Nachgiebigkeit angemessen ist, ist diese Bestimmung ganz begründet, und die Nationalliberalen haben ja von Anfang an beschlossen, in der zweiten Lesung jeden Paragraphen nach Möglichkeit zu verbessern. So ist also kein Symptom einer eingetretenen Veränderung vorhanden; aber zweifellos ist, daß der Fortfall des Bischofs-Paragraphen den auf ein Kompromiß hinarbeitenden Nationalliberalen unter ihren Parteigenossen das Spiel erleichtern wird, und trotz der gestrigen Annahme des Art. 4 bezweifelt ja Niemand mehr, was wir von Anfang an unter allgemeinem

durch die Verunreinigungen selbst in ihrer Existenz gestört worden, durch einen Vergleich mit nachbarlichen Revieren. Durch diese Beobachtungen wäre erst die Vorfrage zur Lösung gebracht.

Wie lassen sich nunmehr die schädlichen Verunreinigungen vermeiden? Ein Universalmittel ist allerdings unbenkbar.

Wenn man auch empfehlen würde, alle Gebrauchswässer zu sammeln und zu verdampfen, so ließe sich, abgesehen von der Unmöglichkeit der Ausführung, doch bestreiten, daß dies eine praktische Lösung der Frage wäre, da die Entziehung mancher Stoffe damit bewirkt würde, die zum Leben im Wasser nothwendig sind.

Wenn die Frage überhaupt nicht zu lösen sei, so wäre es nothwendig, die Fabriken u. c. zu schließen. Auch dieser Vorschlag dürfte keine allgemeine Anerkennung finden. Wir müssen daher die Vermischung unserer Gewässer als etwas Unvermeidliches anerkennen und nur dafür sorgen, daß sie weniger schädlich werde. Durch welche Mittel dies erreicht werden kann, dürfte in Folge der gemeinsamen Organisation der dahin gehenden Arbeit in allen beteiligten Kreisen. Studium der Wasserbeschaffenheit, nicht nur allein die Wirkung der Verunreinigungen auf Fische und Menschen, sondern auch die Veränderungen des Wassers und die Ursachen derselben. Daran aber muß jeder einzelne Betheiligte denken. Jeder, der wissenschaftliche Beobachtungen und Arbeiten über macht, mußte sie an die Zentralfstelle einsenden. Die Vereiner müssen eine Anleitung zum Sammeln von Notizen und besondere Fragebogen zu diesem Zwecke ausarbeiten. Es geht so endlich ein beweiskräftiges Material vor, so könnte man einen Appell an die gesetzgebenden Faktoren richten. Indessen haben wir bereits Gesetze, welche diesem Gesichtspunkte entsprechen. Die §§ 43-47 des Fischereigesetzes verbieten die Verunreinigungen der Gewässer. § 46 übergibt die Kontrolle darüber den Wasserbehörden. Daß trotzdem wenig geschehen ist, hat darin seinen Grund, daß die öffentliche Aufmerksamkeit bisher wenig darauf gerichtet worden ist, und die Privatberechtigten sind oft nicht in der Lage, ihre Interessen zu verfolgen. So gut wie die Behörden bei der Anlage von Fabriken und Dampfsehlen für die Unmöglichkeit der Anlage eintreten können, ebenso könnten sie ihr Augenmerk auf diesen Punkt bei der Anlage von Fabriken, welche Gebrauchswässer ablassen, richten und Vorrichtungen zur Des-

Widerspruch behaupteten: daß das Opfer dieses Art. 4 dem Kanzler nicht zu groß sein werde, wenn er nur dadurch eine Mehrheit für den Rest der Vorlage erhalten kann. Indes die konservativ-liberale Majorität ist trotz alledem noch nicht da; zu ihr ist außer den beiden konservativen Fraktionen die Hälfte der Nationalliberalen erforderlich, und ob diese für das Kompromiß zu gewinnen ist, steht nach immer sehr dahin. Zu dem Bischofs-Paragraphen hatte übrigens der Parlamentswitz bereits eine Art politischen Preiscurants gemacht: das Zentrum, so sagt man, werde für die Rückberufung Försters die Erhöhung der Brausesteuer, für die von Welchers die neuen Stempelsteuern, für die Ledochowski's das Tabakmonopol zu votieren haben. Seinen ersten Hintergrund hat der Scherz in der bekannten Depesche an den Prinzen Reuß. Um auf die Chancen des Kompromisses zurückzukommen, so ist freilich sicher, daß Herr v. Bennigsen und einige andere Führer von Anfang an für eine Verständigung mit dem Kanzler waren; aber da einige wenige nationalliberale Stimmen dieselbe herbeiführen oder verhindern können, so bleibt Alles bis zu den letzten Fraktionsitzungen vor der dritten Lesung ungewiß. Dies um so mehr, da Fürst Bismarck möglicherweise schließlich doch lieber viel von den Liberalen, als wenig von den Liberalen nimmt, und ein Befehl aus Rom bis zuletzt das Erstere ermöglichen kann. Welcher von den zwei Votieren nur benutzt wird, um den andern in die Höhe zu treiben, wird man erst am Ende der „Auktion“ sehen.

Vom Prinzen Heinrich bringt die letzte chinesische Post vom 1. Mai folgende Nachrichten: Prinz Heinrich von Preußen war an Bord des „Prinzen Adalbert“ in Shanghai angekommen. Die Korvette ging außerhalb der Wusung-Barre vor Anker. Das deutsche Kanonenboot „Cyclop“ langte am 17. April gegen 10 Uhr Morgens von Wusung im Hafen von Shanghai an. Der Prinz wurde an Bord der „Louise“ vom Kommandanten und seinem Stabskapitän feierlich empfangen. Im Gefolge des Prinzen befanden sich Kapitän Maclean, der Kommandant des „Prinzen Adalbert“, Freiherr v. Seckendorff und Dr. Braun. Nach kurzem Aufenthalt an Bord der „Louise“ landete der Prinz sammt Gefolge am Molo „Nawing Road“, wo er von dem deutschen Generalkonsul Dr. Fode und einem zahlreichen Publikum begrüßt wurde. Von dort begab sich der Prinz in die Wohnung des Generalkonsuls, auf welcher die kaiserliche Flagge wehte, und empfing hier die fremden Konsuln, Marine-Offiziere, den Taotai und andere chinesische Notabilitäten. Abends wohnte der Prinz dem Banket bei, welches die deutsche Gesellschaft ihm zu Ehren in der Freimaurer-Halle veranstaltet hatte, die prächtig decorirt war. Es wurden dabei nur wenige Neben gehalten. Am folgenden Tage war der Prinz mit dem Generalkonsul und dem General-Jollinsektor Hart beim Taotai zur Tafel geladen, und am Abend gab er selbst ein Diner im Hause des Generalkonsuls, zu welchem neben dem Kommandanten der deutschen Kriegsschiffe, den deutschen Konsularbeamten und dem Ausschuß der deutschen Gemeinde, der britische Konsul geladen war. Nach dem Diner kehrte der Prinz an Bord des „Prinzen Adalbert“ nach Wusung zurück.

Nach einer Mittheilung des „Prager Tagblatt“ fand auf dem dem Erzhertog Albrecht gehörigen Schlosse Weilburg in Baden bei Wien die Verlobung des Großherzogs von Hessen mit der Prinzessin von Asturien, Schwester des Königs von Spanien, statt.

Wie die „N.-Z.“ erfährt, wird der langjährige Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Herr Dr. Hermann Klette, als solcher am 1. Juli d. J. auscheiden, aber der Redaktion der Sonntags-Vorlage der „Vossischen Zeitung“ auch fernhin seine Kräfte widmen. Die „N.-Z.“ schreibt: „Herr Dr. Klette hat es verstanden, trotz aller politischen Gegensätze mit seinen journalistischen Kollegen das beste und ungetrübteste Verhältniß zu pflegen. Sein Wohlwollen, seine Loyalität, wie sein ausdauernder Eifer für die journalistischen Standesinteressen haben in den weitesten Kreisen Anerkennung gefunden. Wir dürfen hoffen, daß Herr Dr. Klette denselben auch noch in Zukunft seine Fürsorge zuwenden wird. Herr Dr. Stephan, bisher Mitredakteur der „Vossischen Zeitung“, übernimmt demnächst die Leitung der Redaktion.“

infektion derselben vorschreiben. Kommissionen unter Anführung der wissenschaftlichen Experten könnten hier mitwirken. Die Verrieselung ist, wo sie zulässig, zu empfehlen. Wo indes mineralische Gifte vorhanden sind, die sich im Boden nicht verlieren, müssen andere Vorrichtungen getroffen werden. Bei der Kostspieligkeit der Desinfizierung der Gewässer darf man deswegen die Hände nicht in den Schooß legen und sie als etwas Unvermeidliches betrachten, wenn die Zinsen auch nicht gleich ersichtlich zum Vorschein kommen. In der Natur hat Darwin auf das Gesetz des gegenseitigen Balancements hingewiesen, wobei ein geringes Plus nach der einen Seite beim Kampf um das Dasein durch unsere Unterstützung zu unseren Gunsten ausfallen und die wichtigsten Folgen nach sich ziehen kann.

N. M. Witt.

* Düsseldorf, 19. Juni. Der Kaiser ist heute Morgen 9 Uhr 30 Min. hier eingetroffen und wurde am Bahnhofe von den Spitzen der Behörden empfangen. Zur Begrüßung des Kaisers waren anwesend der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Bardeleben, der Regierungspräsident, der Divisionskommandeur und der Oberbürgermeister von Düsseldorf u. a. Sodann fuhr der Kaiser, begleitet vom Grafen Lehndorff, durch die festlich geschmückte Stadt nach dem Präsidialgebäude, wo Empfang und Dejeuner stattfand. Mittags 12 Uhr traf auch die Kaiserin von Koblenz hier ein und wurde von den Spitzen der Behörden begrüßt. Beide Majestäten fuhren sodann zur Ausstellung, wo sie zunächst eine Rundfahrt durch die gärtnerischen Anlagen derselben machten. Auch hier wurde das Kaiserpaar überall von enthusiastischen Kundgebungen der Bevölkerung begleitet. Besondere Aufmerksamkeit des Kaisers erregte die vor dem Krupp'schen Pavillon ausgestellte Riesenkanone, mit welcher verschiedene Manöver ausgeführt wurden. Nach fast zweistündigem Rundgang, wobei die Majestäten zu wiederholten Malen ihrer Bewunderung über die Ausstellung lauten Ausdruck gaben, folgte ein Dejeuner in dem Ausstellungspalaste. Der Kaiser trank mit dem Präsidenten des Ausstellungs-Komitees, Ingenieur Lueg, zweimal auf das Wohl der Ausstellung, indem er bemerkte, daß er Ähnliches, wie diese außerordentlich gelungene Ausstellung noch nicht gesehen habe. Die Kaiserin beauftragte Herrn Lueg, auch den anderen Herren des Komitees ihren Dank zu übermitteln. Nach dem Dejeuner besichtigten der Kaiser und die Kaiserin noch die Ausstellung der kunstgewerblichen Alterthümer. Die Kaiserin äußerte bei dieser Gelegenheit, daß sie die Provinz fenne und viel erwartet habe, daß aber ihre Erwartungen noch übertroffen worden seien. Die Abreise der Majestäten fand um 3 Uhr 53 Minuten vom rheinischen Bahnhofe aus statt. Für das Kaiserpaar und dessen Gefolge (im Ganzen etwa 30 Personen) war in der Hauptrestauration ein von Herrn Bauer geliefertes Frühstück servirt worden. Die prächtige, in Farben und Gold gedruckte Speisekarte lautete: Bouillon, Kalbsfilet, Hammel-Rotelette, frische Gemüse, Hummer, Mehlkäse und Pouletchen, Erdbeer-Crème

Aus Kiel schreibt man der „N. M. Z.“:

„Der 17. Juni d. J. ist nicht ohne Erinnerung an ein Ereigniß in unserer Marine dahin gegangen, das, für sie von großer Bedeutung, ihre kräftig emporblühende Entwicklung begründet hat. Der 17. Juni des Jahres 1869 ist der Tag der Weihe unseres Kriegshafens der Nordsee — Wilhelmshafen. 25 Jahre sind jetzt vergangen, seitdem, auf Grund des Vertrages zwischen Preußen und Oldenburg vom Jahre 1853, die Bauten an der Jade zwecks Anlage einer Marinestation für die Nordsee ihren Anfang nahmen. Es ist bekannt, daß bereits Kaiser Napoleon I. Projekte zur Anlage eines Kriegshafens an der Jade hatte ausarbeiten lassen, und daß nur die Ereignisse von 1813 und 1814 die Ausführung dieser Projekte verhinderten; und auch die deutsche Marineverwaltung, welche sich im Jahre 1849 am Zentralkpunkt des deutschen Bundes zu Frankfurt a. M. gebildet hatte, nahm während ihrer vorübergehenden Existenz den Jadedeufeln behufs Anlage eines Kriegshafens in Aussicht. An diese letzteren Projekte knüpfte die preussische Regierung, nach Auflösung der deutschen Reichsregierung und Wiederherstellung des Bundesstaates, an, und so kam denn nach sorgfältigen Erwägungen jener Vertrag zu Stande, dem zu Ende des folgenden Jahres die ersten Vorbereitungen und darauf die erste Inangriffnahme der Hafenbauten folgten, die zunächst den Schutz des erworbenen Gebietes gegen die Fluthen der See im Auge hatten. Nachdem im Jahre 1856 der allgemeine Plan zur Anlage des Kriegshafens festgesetzt worden war, konnten im Jahre 1857 die auf den eigentlichen Hafenbau bezüglichen Arbeiten definitiv in Angriff genommen werden, die nach Ueberwältigung der kolossalsten Schwierigkeiten sodann im Jahre 1868 mit der glänzenden Fertigstellung des Riesenwerkes gebröht wurden. Das mächtige Hafen-Etablissement an der Nordsee hat unserer Flotte das freie Weltmeer eröffnet, sie des beengenden Zwanges kleinlicher Konkurrenz mit den Oflseegeschwadern überhoben und das von Hause aus unbegrenzte Bestreben nach freier Entwicklung ihrer Kraft zum Erlangen wirklicher militärischer Bedeutung gestattet. Denn so lange unsere Flotte mit ihrer Ausgangsstation auf die Ostsee beschränkt blieb, konnte sie kaum über die Lebensbedingungen einer Binnenmeer-Flotte hinausgelangen, und wenn man ihr auch in Kiel die ausreichenden Verpficht- und sonstigen Etablissementen geschaffen hätte, so hätte ihr doch immer die nothwendige Basis für jede ausgreifende Operation gefehlt, da der Schlüssel der Ostsee sich in fremden Händen befindet. Den Schlüssel solcher Fundamentierungsarbeiten unserer vaterländischen Seemacht haben wir in der Ausführung des projektirten Nord-Ostsee-Kanalbaues noch zu erblicken, welcher diese Flottenfiction mit der der Ostsee in unmittelbare und gesicherte Verbindung bringen wird. Aber jetzt schon liegt das alte Ideal unserer Marine, der Ostsee-Rüstenschuß, als überwindener Standpunkt hinter uns.“

Unter den Mitgliedern des Zentrums herrscht große Freude über die gestrige Rede des Kultusministers v. Puttkamer. Es ist die Absicht der Fraktion, diese Rede in zahlreichen Exemplaren drucken und verbreiten zu lassen.

[Zum Schlachthausgesetz.] Bei der Ablehnung der in unserem vorigen Artikel erwähnten Amendements dürfen die beiden wiederholt in Anregung gebrachten Gesichtspunkte maßgebend gewesen sein: 1) daß der Zweck der Gesetzesvorlage überhaupt nur der sei, nicht bloß die neuerrichtenden, sondern auch die bestehenden obligatorischen Schlachthäuser mit Garantien auszustatten, unter denen, nach den gemachten Erfahrungen, es allein möglich sei, ihnen eine lebensfähige Existenz zu sichern. Wer diese Garantien nicht gewähre, der wolle überhaupt das obligatorische Schlachthaus nicht; 2) daß die Gesetzesvorlage überhaupt den Gemeinden nur den Rahmen geben wolle, in welchem sie nach eigenem Entschlusse diejenigen statutarischen Vorschriften sich auswählen könnten, welche sie für ihre Verhältnisse zum Bestande ihres Schlachthaus für zweckdienlich erachteten. Wenn z. B. Elberfeld, dem, wie versichert wurde, das Schreiber'sche Unternehmen bereits viele Vortheile gebracht habe, finde, daß diese Vortheile geschmälert würden, wenn es in sein Statut den vollen Inhalt der Nr. 6 des § 2 aufnehme, so würden die Behörden von Elberfeld doch selbstverständlich ihr Statut so abfassen, wie es dieser Rücksicht gemäß sei, etwa mit jener Beschränkung, die das vorgedachte Amendement enthalte. Was nun speziell die Fleischversorgung der Städte in einer Weise, wie das Schreiber'sche Unternehmen sie in Ausführung zu bringen bemüht ist, anlangt, so wurde, auf den eingehenden Bericht des Vorstehers über den die Produktion des Fleisches mit der Konsumtion des Fleisches ausgleichenden Viehverkehr in Berlin und über den Vertrieb des hier durch Aufschlachten gewonnenen Fleischmaterials

Eis und Dessert. Beide Majestäten tranken indes erst Thee und ließ sich die Kaiserin an Stelle des Hammel-Roteletts ein gepicktes Rostbeef serviren, während der Kaiser sämtliche Speisen des Küchenzettels genoß. Herr Bauer hatte für das Kaiserpaar prächtige Servietten und Serviettenringe mit Namenszug und Kronen, sowie mit einer Abbildung der Ausstellung anfertigen und die prachtvollen Fruchttschalen, welche die Tafel zierten, durch einen Extraboten aus Berlin herüberholen lassen. Die Rosenbouquets waren aus Frankfurt a. M., die Weine von bekannten Düsseldorf'schen Firmen. Der Senf dagegen war kein Düsseldorf'scher Fabrikat, denn die eleganten weißen Porzellan-Sensfasschen mit Firma und Schutzmarke waren sowohl für die kaiserliche Tafel als auch für die größeren Restaurants der Ausstellung von der ältesten rheinischen, 1804 gegründeten Dampfsehlenfabrik von Steinberg und Gild (vormals W. Steinberg) in Barmen geliefert worden.

Bei der Stollwerck'schen Ausstellung ließ sich das Kaiserpaar von einem der Herren Stollwerck'schen Erklärungen über die Fabrikation geben und der Kaiser äußerte: „Das sieht ja alles so blank und appetitlich aus, daß es zu einer Tasse Chocolate einladet.“ Diesen Moment benutzten zwei junge Damen des Gefolgs, den Majestäten Trink-Chokolade und Chokolade-Bonbons anzubieten, welche huldvoll entgegen genommen wurden. Der Kaiser sagte: „Das ist ein ganz erwünschtes Frühstück; die Chocolate ist ausgezeichnet; so eine Tasse möchte ich jedem meiner Landesfinder zum Sonntag.“ Eine Bismarckstatuette aus Chocolate betrachtend, äußerte der Kaiser: Das ist ja mein Bismarck! und das Arrangement der Ausstellung betrachtend, sagte Se. Majestät lächelnd zu einer der jungen Damen: „Ist der Herr Fabrikant Stollwerck auch so süß, wie seine hier ausgestellten Bonbons?“ — Wie der „Rheinischen Zeitung“ aus Düsseldorf geschrieben wird, hat Se. Majestät der Kaiser bei seinem Besuche der Industrie-Ausstellung u. a. auch geäußert, die Düsseldorf'sche Ausstellung beweise von Neuem den großen Vorzug provinzieller vor internationalen Ausstellungen, da letztere bei der Masse der zur Anschauung gebrachten Gegenstände den Ueberblick über die Leistungen der einzelnen Industriezweige allzu sehr erschweren.

Die Ankunft der deutsch-amerikanischen Turner in Hamburg.

Hamburg, 20. Juni.

Man pflegt in der deutsch-amerikanischen Presse sich häufig darüber zu beklagen, daß den Geschicken der Deutschen in Amerika in dem Heimathlande gar keine Aufmerksamkeit geschenkt wird, ja es wird nicht selten der Vorwurf erhoben, daß man in Deutschland die Ausgewanderten als verlorene Söhne betrachte, an deren fernem Sein man keinen Antheil zu nehmen brauche. Keine glänzendere Widerlegung konnte diese irrige Auffassung erfahren, als den jubelnden Empfang, welcher den Deutsch-Amerikanern zu Theil wurde, die am Sonntag Vormittag in Hamburg als Gäste und Delegirte unserer Landsleute in Amerika zum bevorstehenden Turnfest in Frankfurt a. M. eintrafen.

Die Idee der Reise war von den deutschen Turnvereinen der Stadt Cincinnati ausgegangen, wo das letzte nordamerikanische Bundes-

mit Hilfe der Eisenbahn und zweckmäßiger Transporteinrichtungen, allseitig anerkannt, daß hier ein sehr erheblicher Faktor gewonnen sei, einestheils der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, andererseits aber auch zur Regulierung der Fleischpreise auf ein angemessenes, auch den Verhältnissen des weniger Bemittelten entsprechendes Maß. Andererseits wurde aber auch hervorgehoben, daß die Konzentration der Fleischversorgung (insbesondere auch in Rücksicht der Preise) nicht so weit gehen dürfe, daß, wie immerhin möglich, das lokale Schlächtereigewerbe dabei gefährdet werde. Die Ausgleichung dafür zu finden, bleibe der Autonomie der Städte im Rahmen des vorliegenden Gesetzentwurfs überlassen. Das lokale Schlächtereigewerbe, welches bisher dem obligatorischen Schlachthause so große Feindschaft entgegengebracht habe, dürfe sich überzeugen, daß eben nur im obligatorischen Schlachthaus und den dasselbe schützenden Gesetzen ihm die Möglichkeit gegeben werde, die notwendige Konkurrenz zu bestehen, die ihm ebensowohl der konzentrierte und verbesserte Vertrieb des eigenen Landes, als die Ueberproduktion des Auslandes bereite.

Im Anschluß an die von uns kürzlich mitgetheilte Verfügung des Unterrichtsministers, die Schülerverbindungen betreffend, betont auch, wie offiziös mitgeteilt wird, der Minister des Innern in einem Erlaß vom 14. Juni an die Regierungen, daß dringende Veranlassung vorliege, gegen dieses Unwesen mit allen Mitteln einzuschreiten. Wenn auch die Ueberwachung der Führung der Schüler und die Bekämpfung des VerbindungsweSENS unter denselben zunächst der Schulbehörde zufällt, so ist doch, wie es weiter heißt, den Polizeibehörden zur Pflicht zu machen, thunlichst der Schulbehörde dadurch Beistand zu leisten, daß sie den in die Öffentlichkeit tretenden Ausschreitungen der Schüler, namentlich den Tringelagen, entgegenzutreten und die hierzu erforderlichen Maßregeln ergreifen. In mehreren Regierungsbezirken bestehen schon Polizeiverordnungen, welche den Gast- und Schankwirthen verbieten, unerwachsenen Personen, insbesondere Schülern ohne Begleitung ihrer Eltern, Lehrer, Vormünder, Speisen und Getränke zum Genuß in ihren Lokalen zu verabreichen. Die Zulässigkeit für den Erlaß solcher Polizeivorschriften ist in dem Erkenntnis des Obertribunals vom November 1870 anerkannt. Wo solche Vorschriften bestehen, sind sie von der Ortspolizeibehörde streng zu handhaben; wo sie noch nicht bestehen, ist überall, wo ein Bedürfnis sich zeigt, auf den Erlaß Bedacht zu nehmen. Neben der Bestrafung wegen Uebertretung dieser Vorschriften wird gegen Gast- und Schankwirth, welche wiederholt Tringelagen von Schülern bei sich dulden, wegen Mißbrauchs ihres Gewerbebetriebs gemäß §§ 33 und 53 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 mit Einleitung des Verfahrens auf Konzessionsentziehung vorzugehen sein. In diesem Sinne sollen die Polizeibehörden mit Anweisung versehen werden.

Der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten glaubt offenbar den Befürchtungen, welche sich in vielen Landestheilen an die Einführung des neuen Feld- und Forstpolizeigesetzes knüpfen, in einem wesentlichen Punkte dadurch entgegengetreten zu sein, daß er in seiner vor wenigen Tagen im „Staatsanzeiger“ veröffentlichten Verfügung vom 29. Mai die staatlichen Behörden darauf aufmerksam macht, aus dem für die Ausgabe von Erlaubnißscheinen zum Sammeln von Beeren und Pilzen zu erhebenden Entgelt in den fiskalischen Forsten unter keinen Umständen eine Einnahmequelle zu machen. Der Preis für einen solchen Erlaubnißschein solle durchweg auf nur 5 Pfennige festgesetzt werden. Dort, wo man bisher nichts bezahlte, werden die armen Leute auch diese kleine Ausgabe hart empfinden, und es wäre vielleicht im Interesse des Staates selbst besser gewesen, wenn er bei der Geringfügigkeit des Gegenstandes ganz darauf verzichtet hätte. Wichtiger aber ist es, daß er durch seine Forderung auch den privaten

Walbeigenthümern einen Anspruch verleiht, sich ebenfalls die Erlaubnißscheine zum Sammeln von Erzeugnissen des Waldes bezahlen zu lassen, und leider ist zu befürchten, daß man dabei in vielen Fällen weit über den gedachten niedrigen Satz hinausgehen wird. Aus Hesse werden jedenfalls die meisten Klagen über die Ausführung des neuen Gesetzes kommen. Die dortigen Grenzbewohner haben um so mehr Berechtigung dazu, als sie täglich beurtheilen können, mit welcher andern Maße ihre Nachbarn in den angrenzenden thüringischen Kleinstaaten gemessen werden. So bestimmt das erst im Laufe der vorigen Woche publicirte neue Feld- und Forstpolizeigesetz für die vereinigten Herzogthümer Coburg und Gotha, das sich in mancher Beziehung an das preussische Gesetz anlehnt, in Bezug auf den meistbeklagten Punkt ausdrücklich: „Für das Sammeln von Kräutern, Beeren, Pilzen und Nüssen auf Forstgrundstücken ist ein Legitimationsschein nicht erforderlich“.

Nach der im Reichs-Eisenbahn-Amt aufgestellten Nachweisung über die im Monat April d. J. beförderten Züge und deren Verspätungen wurden auf 47 größeren Bahnen bezw. Bahnkomplexen Deutschlands (ausschließlich Baierns), mit einer Gesamtbetriebslänge von 28,509,41 km. befördert an fahrplanmäßigen Zügen: 11,119 Courier- und Schnellzüge, 74,609 Personenzüge, 47,026 gemischte und 71,137 Güterzüge; an außerfahrplanmäßigen Zügen: 1179 Courier-, Schnell-, Personen- und gemischte, und 31,762 Güter-, Materialien- und Arbeitszüge. Im Ganzen wurden 578,226,061 Achsilometer bewegt, von denen 178,084,786 auf die fahrplanmäßigen Züge mit Personenbeförderung entfielen. Es verspäteten von den 132,754 fahrplanmäßigen Schnell-, Personen- und gemischten Zügen im Ganzen 540 oder 0,41 pCt., (gegen 0,45 pCt. in demselben Monat des Vorjahres, und 0,92 pCt. im Vormonat). Von diesen Verspätungen wurden jedoch 223 durch das Abwarten verspäteter Anschlußzüge hervorgerufen, so daß den betreffenden Bahnen nur 317 Verspätungen (0,24 pCt.) zur Last fallen (gegen 0,49 pCt. im Vormonat). In demselben Monat des Vorjahres verspäteten auf den eigenen Strecken der in Betracht gezogenen Bahnen von 125,087 beförderten Zügen 357, gleich 0,28 pCt., mithin 0,04 pCt. mehr. In Folge der Verspätungen wurden 83 Anschlüsse versäumt (gegen 93 in demselben Monate des Vorjahres und 239 im Vormonat).

Breslau, 23. Juni. Der kommandirende General des 6. Armee-Corps, General der Kavallerie v. Tümping, feiert heute sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum.

Ludwig Karl Kurt Friedrich Georg Wilhelm v. Tümping ist am 30. Dezember 1809 in Posen geboren, studierte anfangs Jura und vertauchte im Jahre 1830 seine Laufbahn mit der Militärkarriere. Beim Regiment der Gardes du Corps eingetreten, avancirte v. Tümping nach fast zweijähriger Dienstzeit zum Sekonde-Lieutenant, wurde 1842 Hauptmann, am 27. März 1848 Major, am Königs Geburtstag 1853 Oberstlieutenant, 1855 Oberst, 1858 Generalmajor, 1863 Generalleutnant, am 30. Oktober 1866 kommandirender General des 6. Armee-Corps, und erhielt schließlich am 22. März 1868 die Ernennung zum General der Kavallerie. Als ein sehr befähigter Offizier, wurde er als noch junger Lieutenant zur allgemeinen Kriegsschule und zum topographischen Bureau kommandirt, machte mehrere militärische Reisen nach Belgien und Frankreich, und wurde zum Gouverneur des Prinzen Georg von Mecklenburg-Strelitz ernannt, dem Generalstabe aggregirt. Hervorragende Verdienste hat sich General v. Tümping im Feldzuge in Baden als General-Staffoffizier bei der Division v. Sannern, im Feldzuge gegen Dänemark als Kommandeur der 3. mobilen Infanterie-Division, im Feldzuge gegen Oesterreich, wo er im Gefecht bei Gitschin während der Erstürmung des Dorfes Brada-Podulisch verwundet wurde, und schließlich im letzten Kriege gegen Frankreich, in welchem er als Kommandeur des 6. Korps die Belagerung von Paris und die Gefechte im Süden der französischen Hauptstadt mitmachte, erworben. Die Brust des Generals v. Tümping zielt u. A. der Orden pour le mérite, das Eisene Kreuz 1. und 2. Klasse, das Großkreuz des Rothen Adlers, Ordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe. Als der Kaiser im September 1875 über das 6. Armee-Korps Revue abgab, wurde dem Jubilar der hohe Orden vom Schwarzen Adler verliehen. General v. Tümping ist auch Ehrenbürger der Stadt Frankfurt a. O.

Breslau, 21. Juni. Der Oberpräsident von Sendewitz

hat, wie aus Görlitz gemeldet wird, am 14. und 15. d. die von der Ueberschwemmung betroffenen Ortschaften Rüpper, Borna und Bollmannsdorf besucht, um sich von dem Umfange des Ueberschwemmungsschadens zu überzeugen und hiernach die erforderlichen Maßnahmen anzuordnen. Wie die „Görl. Nachr. u. Anz.“ erfahren, sind für die Hilfsbedürftigen im laubaner Kreise als erste Gabe von Seiten des Oberpräsidiums 1000 M. überwiesen worden. Durch den königl. Landrath v. Salbern, welcher die im Ueberschwemmungsgebiet liegenden Orte bereits in den ersten Tagen der vorigen Woche bereist hat, sind, wie der „Laubaner Anzeiger“ berichtet, schon Berichte an den Minister des Innern u. s. w. abgegangen. Die Vorstände der unterwärts unterhalb der verwüsteten Gegend belegenen Orte sind angewiesen worden, die besonders von Gerlachshausen aus in großer Anzahl fortgerissenen und im Queis hinabgetriebenen Mobilien nach Möglichkeit zu bergen und durch Auffindung und Wiedererlangung verlorenen Eigenthums den Geschädigten thunlichst Unterstützung zu gewähren. Ebenso sind die Vorstände der von der Hochfluth geschädigten Gemeinden vom königl. Landrath angewiesen worden, eine Nachweisung des angerichteten Schadens nach beforderem Schema anzufertigen. Die vorgenommenen Lokalrecherchen ergaben:

an ganz oder doch zum größten Theil zerstörten Wohnhäusern in	an umgekommenen Menschen:
Seidenberg 5	3
Rüpper 16	8
Borna 25	18
Ober-Bollmannsdorf 12	5
Mittel- 4	—
Seidenberg 6	7
Ober-Galdbendorf 3	3
Nieder- 1	1
Nieder-Linda 20	1
Ober- 1	1
Ober-Gerlachshausen 3	—
Mittel- 9	4
Nieder- 2	—

Summa Wohnhäuser 105 51 Menschenleben.
Außerdem ist eine größere Anzahl von Wirtschaftsgebäuden und Wohnhäusern mehr oder weniger beschädigt.

Italien.

[Der General Cialdini], Herzog von Gaeta, ist von Neuem zum italienischen Botschafter in Paris ernannt worden und bereits daselbst eingetroffen. General Cialdini war bekanntlich bereits seit dem 22. Juli 1876 bei der französischen Republik beglaubigt, nahm dann aber im vorigen Jahre anlässlich der Veröffentlichung des italienischen Grünbuchs seine Demission, weil aus demselben hervorging, daß der italienische Botschafter in der ägyptischen Frage eine nichts weniger als beneidenswerthe Rolle gespielt hat, vielmehr in gewissem Sinne dupirt worden war. Dem mit einem gewissen Glanz erfolgten Rücktritt folgte dann eine Art Botschafterkrise, welche nunmehr mit der Wiederernennung des Generals Cialdini ihren Abschluß gefunden hat.

Frankreich.

Paris, 21. Juni. [Die Amnestie der Kommune] ist von der Deputirtenkammer beschloffen; im Senate, in welchem nur ein kleines Gäßlein mit leichtem Herzen dafür stimmen wird, daß Trinet so schnell wie möglich seinen Sitz im Gemeinderathe von Paris einnehme, wird dennoch die Mehrheit kaum wagen, mehr Ueberzeugung bewähren zu wollen, als Präsident Grévy und sein Konseilspräsident Freycinet. Ob-

Turnfest stattgehabt hatte, und welche demnach als Vorort des Bundes sich auch im Besitze der Bundesfahne befand. So schnell und zündend war der Gedanke aufgenommen worden, daß es möglich wurde, ein ganzes Dampfgeschiff, die „Silesia“, in den Dienst der Sache zu stellen. Das Zwischenstück wurde in städtische, bequeme Kojen für Kajütenpassagiere umgewandelt, galt es doch fünfhundert Seelen unterzubringen. Daß sich unter den Passagieren auch eine Anzahl Damen befinden, die die Gatten und Brüder auf der größten Turnfahrt, die noch jemals unternommen, begleiteten, bedarf nicht erst der Erwähnung.

In New York erfolgte die Abfahrt am Sonntag den 6. Juni. Die neuportierten Vereine hatten sich mit fliegenden Bannern in städtischer Zahl eingefunden. Deutsche patriotische Weisen wurden gespielt und gesungen, unter Fahnenstößen und den brausenden Hohnen Tausender setzte sich der Dampfer langsam in Bewegung, welchem Grüße „tief und innig“ für die Heimath mit auf den Weg gegeben wurden.

Und pünktlich nach vierzehn Tagen, also nach normaler Fahrt, während welcher, je mehr sie sich ihrem Ende näherte, die erwartungsvolle Erregung der Reisenden immer hochgradiger wurde, traf der Dampfer ein. In der Nacht zum Sonntag ging die „Silesia“ bei Brunshausen vor Hamburg vor Anker, sollte sie doch erst bei hellem Sonnenschein in Hamburg selbst eintreffen, um den den Gästen aus der Ferne zugebachten Empfang zu ermöglichen, zu welchem sich die Turner Hamburgs und mit ihnen die große Masse der Bevölkerung gerüftet hatte. Um 6½ Uhr Sonntag früh — nur wenige der Reisenden hatten ein Auge geschlossen — dampfte der Hamburger Dampfer „Blantensee“ längs der „Silesia“, um die Gäste nach Hamburg zu überführen. Von beiden buntbewimpelten, in Festschmuck prangenden Schiffen stiegen die Hurrahs jubelnd in den klaren Morgen. Dann nahm der Vertreter der Hamburger Turner, Heinrich Fluegge, der zuerst die „Silesia“ betrat, das Wort und begrüßte die lieben Gäste, welche der deutschen Sitte in der Fremde eingetriben geblieben und der deutschen Heimath die Treue bewahrt haben. Gustav Ruecke aus San Francisco, der Sprecher der amerikanischen Turner, erwidert mit kurzen Worten und schließt mit einem dreimaligen „Gut Heil“ auf die Heimath. Es beginnt nunmehr die Ausdampfung der Reisenden von der „Silesia“ auf den kleineren Dampfer „Blantensee“. Von Seiten der Beamten der Packetfabrik-Gesellschaft wird dieselbe auf das Möglichste beschleunigt, so daß sie um 7½ Uhr beendet ist. Es beginnt nun die einem Triumphzug gleichende Fahrt elbaufwärts nach Hamburg. Mehr als 30 kleine, dichtbesetzte Dampfer und eine Anzahl kleinere Fahrzeuge aller Art sind den sehnlichst Erwarteten entgegengefahren. Die in herrlichem Grün prangenden Ufer sind von dichten Fichtendäusern besetzt. Das ist ein Zuziehen hinüber und herüber, ein Ueberschwenken und Zuzucken. Die fremden Gäste können die Nahrung kaum bemerken, viele von ihnen sehen die Heimath nach langen, bangen Tagen zum ersten Male und unter wie veränderten Verhältnissen. Endlich um 10 Uhr erfolgt die definitive Landung im Hamburger Dock. Herr Direktor Ad. Godeffroy hat sich persönlich eingefunden und drückt die Hoffnung aus, daß die Turner mit der Ueberfahrt zufrieden gewesen. Es wird ihm dies bestätigt, indem Ruecke von San Francisco die Sorgfalt und den Komfort rühmt, der während der ganzen Reise an Bord herrschte. Am Lande hatten die Hamburger und Altonaer Turnvereine mit ihren Fahnen und

Musikkorps und eine nach vielen Tausenden zählende Menge Aufstellung genommen. Die Szene, die nun folgte, läßt sich kaum beschreiben. Immer wieder begrüßen donnernde Hohns die Gäste auf deutschem Boden. Spieß aus Frankfurt a. M., der den Turnern bis Hamburg entgegengeeilt ist, dankt ihnen für ihr Kommen und ihre Theilnahme am bevorstehenden Feste; Ruecke erwidert, die deutsche Turnerschaft Amerikas halte die Liebe zum großen deutschen Vaterlande hoch und bringt sein Hoch dem Vaterlande und dem fünften deutschen Turnfest, ein Gut Heil den Städten Hamburg und Frankfurt.

Die Hamburger Vereine nahmen darauf das prachtvolle seidene Bundes-Banner, welches von dem Vereine von Cincinnati getragen wird, in ihre Mitte und marschirten nach dem Festplatze vor dem Steintor, dem Turnplatze der „Hamburger Turnerschaft von 1816“, wo am Nachmittag sich ein wahrhaft großartiges Volksfest entwickelte. Tausende von Theilnehmern waren hinausgeeilt, die Elite der Hamburger Bürgerschaft bezeugte durch ihre Anwesenheit die rege Theilnahme, welche sie dem für Hamburg zum Ereigniß gewordenen Feste widmete, die Behörden, das Offizierskorps, der Senat waren durch überaus zahlreiche Angehörige vertreten. Der Gesang von „Deutschland, Deutschland über Alles“ eröffnete das Fest, dann nahm der Turnwart Mürrnheim das Wort: Die nächste Veranlassung zu der großen Reise sei wohl das Turnfest gewesen, aber auch die Sehnsucht nach der deutschen Heimath habe wesentlich dazu beigetragen. Deutschland sei einig, mächtig ergreife das Heimweh die Herzen und einzelne Mißlänge beeinträchtigen nicht die Liebe zum Vaterlande. Wanches möge wohl kleiner und engebogener erscheinen, als drüben in Amerika, aber der Drang nach Freiheit, nach körperlicher und geistiger Freiheit sei auch mächtig in Deutschland. Daß die Turnerei bei den Deutschen in Amerika wohlgepflegt werde, sei ein starkes, hochgeschätztes Band, die versprengten Glieder unseres Volkes in geistigem Zusammenhange mit der Heimath zu erhalten. Aber auch in Deutschland erzeuge sich die Turnerei nachsamer Anerkennung und staatlicher Hilfe. Dafür liefere einen Beweis die heutige Versammlung auf diesem Festplatze, dem Uebungsfelde der ältesten deutschen Turnerschaft. Sein Gruß gelte der Turnerei — und „Gut Heil“ erbraute es abermals aus Tausenden von Kehlen. Auf abermaligen Chorgesang folgten dann abermals Turnübungen, an denen sich schon einzelne amerikanische Turner trotz ihrer Abspannung nach langer Reise beteiligten. Namentlich im Ringturnen gab es virtuose Kraftstücke zu sehen, die zu stürmischem Beifall hinrißen. Nachdem dann gemeinschaftlicher Gesang den offiziellen Theil des Festes beschloffen, folgten zwanglose Vereinigungen in dem prachtvollen Fährhause an der Uhlenhorst und an der Außenalster. Die Fahnen wurden inzwischen nach dem Hauptsaale gebracht, wo Abends dann ein Festmahl stattfand. Turnwart Mürrnheim feierte die Bedeutung des Tages für die Turnsache. Noch nie vorher sei auch nur annähernd eine ähnliche Turnfahrt übers Meer unternommen worden. Und das Unternehmen sei gelungen. Die älteren Festgäste — manche unter ihnen seien im Jahre 1848 nicht ohne Zwang aus der Heimath geschieden — würden heute Erfüllung dessen finden, was sie damals erhofft. Hamburg das immer das Verbindungsglied im internationalen Verkehr gewesen, empfangen sie mit freudigem Herzen. — Gustav Ruecke nimmt abermals das Wort.

Er rühmt den ihm und seinen Freunden gewordenen großartigen Empfang und hofft, daß es den Amerikanern auch vergönnt sein werde, die deutschen Turner dereinst als Gäste „drüben“ zu empfangen. — Auf musikalische Vorträge folgte ein dreifaches Gut Heil auf Kaiser Wilhelm. Die Glanznummer des Programms bildeten vier lebende Bilder, von denen das letzte Kaiser Wilhelm inmitten seiner Paladine vorstellte. Der Tag schloß zur lebhaftesten Betheuerung Aller. Heute, am Montag, fand eine Elbfahrt nach Blankenese statt, zu welcher die Hamburg-Amerikanische Packetfabrik-Actien-Gesellschaft einen Dampfer zur Verfügung gestellt hatte. Nachmittags wurde der zoologische Garten besucht, und Abends fanden die Festlichkeiten mit einem Konzert ihren Abschluß. In Frankfurt a. M. aber harren der Landsleute aus Amerika neue Ovationen.

* Ein interessantes neues Shakespeare-Porträt, welches der Galerie-Direktor Dr. Oskar Eismann in Kassel aufgefunden und gegenwärtig in seinem Besitze hat, wird demnächst in photographischer Nachbildung in den Handel kommen. Dasselbe stammt aus einer alten kasseler Privat-Sammlung und dürfte, dem vorigen Jahrhundert angehörig, die treffliche Kopie eines älteren, verschollenen Originals sein. Das Bild ist besonders dadurch interessant, daß es den Dichter, wie keines seiner andern Bildnisse — von der wahrhaftig ganz apostrophischen darmsstädter Todtenmaske abgesehen — in geistig gereiftem Alter darstellt, fast älter, als man sich den mit 52 Jahren verstorbenen Shakespeare vorstellen kann. Der Kopf, welcher tief in einer riesigen weißen Halskrause steckt, zeigt unverkennbare Ähnlichkeit mit dem bekannten Chandos-Bilde und weicht von der runden, fast feisten Ähnlichkeit und Gesundheit des stratford Grabsmonuments und des Titelsbildes der ersten Folioausgabe erheblich ab. Indes vermittelt das neue Porträt zwischen beiden Shakespearetypen, dem rundenlichen Typus der unbedingt echten, aber wegen ihrer rohen Ausführung unzuverlässigen Abbilder, welche steinerne Büste und Folioskulpturen bieten, einerseits und dem nach unten zugespitzten der verschiedenen, mit nicht ganz so großer Sicherheit beglaubigten, aber von ordentlichen Künstlern gemachten Delbilder (Chandos u. Janjensches Bild) andererseits. Rinn und Bart sind breiter als auf dem Chandos-Bilde. Das Gesicht ist so faltig, daß es, obwohl der größern Magerkeit des Chandos-Bildes ähnlich, doch auf ehemalige sinnliche Fülle schließen läßt. Es lagert darüber der Ausdruck eines tiefen, fast schmerzlichen Ernstes, ähnlich dem Janjenschen Bilde. Das übergroße linke Ohr scheint ohne den Schmuck des Chandos-Höringes zu sein. Das eigenthümliche, halbritterliche Galatostume, in welchem der Dichter steckt, mag vielleicht das eines südlichen Wäldenträgers von Stratford sein. Im Hintergrund des Bildes steht man mit großen lateinischen Lettern das Wort „Shakespeare“, doch ist die Ähnlichkeit ohnedies frappant. Der geistige Ausdruck des charaktervollen Kopfes macht das Bild jedenfalls zu einem sehr werthvollen und ungemein interessanten.

Locales und Provinzielles.

Posen, 23. Juni.

— Der „Ezas“ über die preussischen Kirchendebatten. Lange hat der posener Korrespondent des „Ezas“ geschwiegen und darüber nachgedacht, was wohl die Gesetzesvorlage über die diskretionäre Gewalt zu bedeuten habe; endlich ist der weise Mann doch dahinter gekommen und bemerkt, daß „wunderbare Sachen vorgekommen und hinter den Roulissen eine Komödie gespielt werde, deren Zweck (ihm) wiederum schwer begreiflich ist“, und von der er nicht weiß, ob sie bestimmt sei, „Rom, den Kaiser oder die öffentliche Meinung irre zu führen“. Für den scharfsinnigen Korrespondenten war es übrigens ersichtlich, daß es der Regierung nicht sowohl um das Zustandekommen des Gesetzes, als um das Verhindern eines Verständnisses zwischen dem katholischen Zentrum und den Konservativen zu thun sei. „Während der Beratungen aber schieben sich immer wie ein Keil die sogenannten Freikonservativen ein, welche als die parlamentarischen Virentträger des Fürsten Reichskanzler bekannt sind. Das gewöhnlich so schwerfällige Herrenhaus aber hat plötzlich einen Beweis besonderer Nüchternheit gegeben, denn es hat auf den Vorschlag seines Präsidenten eine Kommission zur Prüfung des neuen Kirchengesetzes erwählt, wenngleich dieses Gesetz noch nicht vom Abgeordnetenhaus durchberathen ist“. Auch hier ist wieder für den Korrespondenten die Absicht eine sehr klare; man wollte die Kommission erwählen, bevor die katholischen Mitglieder des Herrenhauses und vor allen Dingen die Polen nach Berlin kommen. Es ist dies, wie der Korrespondent sagt, ein Dienst, den der „Staatskatholik“, Herzog von Ratibor, dem Reichskanzler auf dessen Wink erwiesen hat. Auch des Herrn von Puttkamer wird in Dankbarkeit gedacht. „Er war während der Verhandlungen der Kommission beständig zuvorkommend, mild, gewinnend, aber alle seine Erklärungen über das Verhältnis des Staates zur Kirche waren der Art, daß Herr von Puttkamer dreist mit Herrn Ferry und accolade fraternelle wechseln konnte.“ Auch der Radikalismus der preussischen Junfer hat der polnischen Junfer freundschaftlich gedacht, welche es als einen point d'honneur betrachten, daß die Regierung die „Einbringlinge“, d. h. die Geistlichen, welche die Gewalt des Staates und seine Gesetze anerkannt haben, nicht fallen lasse, oder sie gar der Rache der fanatischen Krimlinge überließe. Dies beweise aber, daß die preussischen Junfer einen schlechten Begriff vom point d'honneur haben und beim polnischen Standesgenossen in die Lehre geben müßten, denn sonst würden sie sich nicht dieser „Abenteurer“, wohl aber der Freiheit der Kirche und der den Polen garantierten Rechte angenommen haben. Dem Reichskanzler aber müßten die Polen sehr dankbar sein, denn er befestigt in ihnen den Glauben an die Lebensfähigkeit der polnischen Sache, was daraus erhellt, daß sie ihn stets beunruhigt, und zwar geht dies soweit, daß er der Polen sogar in seinen Depeschen erwähnt. „Wenn aber, — heißt es in der Korrespondenz — das neue kirchenpolitische Gesetz zu Stande kommt, durch welches dem Ministerium diskretionäre Gewalt ertheilt wird, so hätte es für die Erzbischöfe Posen-Gnesen dieselbe Bedeutung, wie das Präconistiren des jeweiligen Oberpräsidenten zum Erzbischofe, denn wir machen uns keine Illusionen, daß eine Erleichterung eintrete, und es ist auch heute, trotz der Milde des Herrn v. Puttkamer, seine Wendung zum Besseren, weder in der Schule, noch in der Kirche bemerkbar. Es werden neuerdings junge Geistliche stiefbrieflich verfolgt.“ Also vor allen Dingen die Hausirer gewähren lassen, den „Primas von Polen“ zurückberufen, die deutsche Sprache aus der Schule und der Verwaltung verbannen und dann? — Nun, dann werden sich noch andere Forderungen finden. Lange befinden werden sich die polnischen Kapläne nicht.

+ Personalveränderungen. a) Bei der königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn: Die Telegraphisten Korth von Inowrazlaw nach Zabrze und Boeder von Stargard nach Inowrazlaw versetzt. b) Bei der königl. Regierung zu Posen: Der Landrentmeister Knäpel hat einen sechsmonatlichen Urlaub erhalten und wird durch den Rechnungsrath Mayer vertreten. Der Kreisgerichtsekretär J. D. Stelter ist als Buchhalter bei der Regierungshauptkasse angestellt.

— Personal-Veränderungen im V. Armee-Corps. Der Assst.-Arzt 2. Kl. der Res. Dr. Grodski, vom 1. Bat. (Posen) 1. Posen. Landw.-Regts. Nr. 18, zum Assst.-Arzte 1. Kl. der Res. befördert. Lengner, Intendant-Registr. vom V. Armee-corps, zum Geh. Registr. im Kriegsministerium ernannt.

r. Nach dem städtischen Krankenhaus wurde gestern ein schwerkranker 17-jähriger elternloser Bursche aus Rattaj gebracht, welcher drei Wochen lang unter einem Holschuppen an der Dammstraße gelegen und von anderen Burschen, die dort nächtigten, gespeist und getränkt worden war.

r. Eine neue Brauerei, die vierzehnte in unserer Stadt und deren nächster Umgebung, wird hier Anfang August d. J. auf dem Grundstücke Halldorffstraße 9, wo zu diesem Behufe bereits ein Neubau errichtet ist, in Betrieb gesetzt werden; Besitzer derselben ist Herr Drebnowicz.

r. Selbstmord. Am 19. d. Mts. wurde in einer Schenung des Dominiums Kobylepole die an einem Baume hängende Leiche eines Mannes gefunden. In dem Erhängten ist ein Arbeiter aus Schwerlitz refognosirt worden, welcher 4 Tage zuvor seine Frau und 2 Kinder verlassen und seinem Leben ein Ende gemacht hat.

r. Verhaftet wurde am 22. d. M. ein Arbeiter aus Winarn, welcher auf der Baustelle des neuen Postgebäudes, wo er nichts zu thun hatte, mit den dort beschäftigten Arbeitern Streit anfang und der Weisung, sich zu entfernen, nicht Folge leistete. Bei der Verhaftung durch einen Schutzmänn vergriff er sich an demselben, so daß dieser von seiner Waffe Gebrauch machen mußte.

r. Diebstähle. Verhaftet wurde am 21. d. M. eine Frauensperson aus Jernze, welche einer Handelsfrau auf der Büttelstraße eine silberne Zylinderuhr für 2,50 M. zum Kauf anbot und sich über den rechtlichen Erwerb derselben nicht auszusprechen vermochte; die Uhr trägt den Namen E. Kopaniarz und die Nummer 2849. — Vor einiger Zeit sind aus verschlossener Bodenammer des Hauses Mühlentstraße 18 ein Wäschkorb, 2 Wäscheleinen, 4 Küchen-Gandlcher und ein Damenhemde, gez. G. B., gestohlen worden. — Als mutmaßlich gestohlen sind mehrere goldene Ringe angehalten worden: ein Solangenring mit rothem Stein, ein Damen-Siegelring mit blauem Stein, ein Trauring mit ausgefrästem Namen und ein breiter Reifring mit blauem Stein. — Verhaftet wurde vor einigen Tagen ein Wirth von außerhalb, welcher einem Schneidermeister im Hause St. Martin 38 eine goldene Damen-uhre nebst Kette entwendet hat und dieselbe auf der Halldorffstraße zu verkaufen beabsichtigte. — Einem Zigarrenmacher im Hause St. Adalbertstraße 26 sind aus verschlossener Stube 3 Frauenhemde, gez. J. K. und M. K., eine goldene Brosche, ein Damenring mit grünem Stein, ein solcher mit blauem Stein, 2 goldene Trauringe, gez. J. K. und M. K., eine goldene Brosche, mehrere Kleidungsstücke und 6 M. gestohlen worden.

S. Kreis Kröben, 20. Juni. [Verschiedenes.] Die in Folge der letzten Regengüsse immer noch einen hohen Wasserstand zeigende Baritz hat vorige Woche an einem Tage zwei Menschenleben gefordert. In Mültich ertrank in dem Flusse beim Baden, vom Schlage getroffen, der 18 Jahr alte Badergeselle Joseph Hoffrichter und in Hernstadt der Schuhmacherlehrling Aug. Terratsch aus Wehrse. Auch wäre beinahe der 9 Jahr alte Knabe Baude dafelbst ertrunken, er wurde aber von einem Soldaten gerettet. — Die Feuernte hat, begünstigt vom schönsten Wetter, nunmehr begonnen, dieselbe liefert allerdings nicht den Ertrag anderer Jahre, ist aber immerhin eine befriedigende. Die an der Baritz und Orla niedrig gelegenen Wiesen stehen zum Theil leider noch unter Wasser und wird dadurch den Besitzern ein bedeutender Schaden erwachsen.

den Seiten wenig Hoffnung zu bestehen, den durch die Nicht-ratifizierung des Ruldschavertrages von Seiten Chinas muthwillig herausbeschworenen Konflikt friedlich beigelegt zu sehen. Wie der „Bohemia“ geschrieben wird, kommen aus allen größeren Städten des himmlischen Reiches Meldungen von großartigen Rüstungen und militärischen Vorkehrungen. Am furchtbarsten ist die Wasserstraße nach Peking auf dem Peihoflusse bewehrt. Die Taku-Forts bei Tientsin, welche sie versperren, sind in neuester Zeit sehr stark befestigt und mit Krupp'schen Monstregeschützen versehen worden. Außerdem sind 7 chinesische Kanonenboote, worunter 4 ganz neue, mit riesigen Kanonen bestückte, große Schiffe sich befinden, auf den wichtigsten und geeignetsten Punkten des Flusses aufgestellt, und starke Massen europäisch gedrillter und bewaffneter Truppen werden in den Umgebungen der Hauptstadt konzentriert.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 23. Juni, Abends 7 Uhr.

[Abgeordnetenhaus.] Kirchenvorlage, Artikel 9, wozu zahlreiche Amendements vorliegen.

Stablewski befürwortet den Windthorst'schen Antrag, wonach das Spenden der Sakramente und das Messelesen den Strafbestimmungen des Gesetzes nicht unterliegen soll, und erinnert an die den Polen ertheilten königlichen Patente, betreffend die katholische Kirche.

Hammerstein hält es für richtiger und der Staatswürde entsprechender, hier die rein geistlichen Amtshandlungen der Staatsgewalt vollständig zu entziehen. Er bitte um Annahme des Bandemer'schen Antrages und im Falle der Ablehnung desselben um Annahme seines Eventualantrages.

Windthorst erklärt, sein Antrag enthalte nichts weiter, als was Jedem in einem zivilisirten Staate gewährt werden müsse. Es handle sich hier faktisch um ein Dogma, nicht um eine äußere Angelegenheit der Kirche. Die Staatsregierung habe außerdem Mittel genug in den Maigesetzen, zu erreichen, was sie bezweckt. Er bitte nur um Gewährung der Freiheit für die Mysterien der Kirche. Bezüglich der Anzeigepflicht müsse er bemerken, daß es sich dabei einfach um die Frage handelt, wer die Macht zur Erreichung derselben habe, ob der Staat die Geistlichen anstelle oder nicht; diese Machtmittel hätten die Maigesetze absolut versagt. Die Regierung wolle die Waffen nur niederlegen, um eine oder die andere gelegentlich wieder vorzuziehen, es sei aber unmöglich, die Kirche unter solche diskretionäre Gewalt zu stellen. Die Bewegung in rein kirchlichen Dingen könne der Staat weder im Verwaltungswege noch im Strafwege überwachen und regeln wollen. Die Vorlage gebe nirgends die geringste Sicherheit dafür, daß eine organische Revision der Kirchengesetze beabsichtigt sei, welche einzig und allein die Abstellung der schweren Uebelstände bewirken könnte. Redner empfiehlt seinen Antrag, der allein geeignet sei, die Religionsübung zu gestatten.

Der Kultusminister entgegnet zunächst dem Abg. Stablewski, daß in Posen die Kirche genau unter denselben Gesetzen stehe wie im übrigen Lande; Verträge seien nicht geeignet, für die Kirche besondere Vortheile zu ergeben. In politischer Hinsicht könne die Regierung nur mit äußerster Vorsicht den Polen gegenüber vorgehen. Artikel 9 sei bestimmt, die kriminalrechtlichen Folgen der Vergehen gegen die Maigesetze und die Zahl derselben zu vermindern. Keineswegs hätte der Gedanke bestanden, die Machtbefugnisse der Regierung zu erweitern. Von den Aenderungsanträgen sei der Bandemer'sche der acceptabelste. Der Antrag sei jedoch durchaus nicht im Einverständnis mit der Regierung gemacht. Die liberale Presse habe ihn (den Minister) mit heftigen Angriffen wegen der Kirchenvorlage überschüttet, nachdem aber die Partei sich höher gestellt und seinen Intentionen genähert, habe man gesehen, daß es doch sehr gut möglich sei, konstitutioneller Minister zu sein, ohne die Anforderungen der Humanität legaliter zu verletzen. Der Antrag Stengel verlausulire die ganze Sache zu sehr und mache die Erleichterungen illusorisch, welche man geben wolle. Der Antrag Windthorst sei ein Thor zur Umgehung und Beseitigung der Maigesetze. Daß die Anzeigepflicht nichts Ungeheuerliches sei, beweise die Thatsache, daß sie die Kurie in verschiedenen Konfobanden ohne Weiteres zugestanden und bisher damit die Anstellung der Geistlichen nicht dem Staate übergeben habe. Im Rheinlande war in den vierziger Jahren die Anzeige in Uebung. Auch Bischof Melchers habe ohne Widerspruch sich bereit erklärt, der Regierung von jeder Anstellung Mittheilung zu machen. Der Minister empfiehlt nochmals den Antrag Bandemer, falls die Regierungsvorlage nicht beliebt werde.

Winkingerode zieht Namens der Freikonservativen den Antrag Stengel zurück.

Schorlemer, für den Antrag Windthorst, betont, was der Minister bezüglich der Anzeige erwähnte, betreffe die Anzeige über bereits angestellte Geistliche, welche unter ganz anderen Verhältnissen erfolgte, als heute.

Gneist giebt einen historischen Ueberblick über die Entstehung der Strafbestimmung wegen der Ertheilung des Sakramentes durch Unbefugte. Nach dem bisherigen Gesetz könnte die Bestrafung nicht eintreten, sobald der Geistliche bona fide gehandelt habe. Die Regierung beabsichtigte überhaupt, nur die Umgehung der Gesetze zu vermeiden.

Das Abgeordnetenhaus nahm den Artikel 9 in der Bandemer'schen Fassung mit der Einführung des Unter-Antrages Kropatschek's an, wonach die Amtshandlungen gesetzmäßig angestellter Geistlicher auch in solchen Pfarreien straflos sind, deren Inhaber an der Amtsausübung verhindert sind. Der Antrag Brühl auf Einschlebung eines Artikels 9A. wurde abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Rede dieses Ministers in der Kammer höchst kläglich missfiel, so wird doch bis tief ins Zentrum hinein kaum ein vorzüglicher Republikaner wagen, anderer Meinung über den Beweis der Stärke der jetzigen Regierung zu sein als Gambetta. Dieser hat im Eingange seiner Rede, indem er versicherte, die Amnestie sei nicht eines Mannes Werk, das Publikum veranlaßt, gerade über diesen Punkt nachzudenken. Gambetta hat die Amnestie aufgebracht, und er wird nicht bloß die Rosen, sondern auch die Dornen dieses Triumphes ernten; er wird zu Kosten haben, was Rochefort, Trinquet und tutti quanti ihm einbrocken werden. Gegen einen seiner Scheingründe wird jedoch entschieden Verwahrung eingelegt werden müssen: Gambetta sucht die Ablehnung der Amnestie im Februar dadurch zu beschönigen, daß dies aus Rücksicht auf das Ausland geschehen sei. Aber das Ausland hat sich, so viel ersichtlich, in die Amnestiefrage aus eigenem Interesse niemals eingemischt; ihm kann es gleichgültig sein, ob die Franzosen mit oder ohne Trinquet und Rochefort fertig werden; es nahm an der Amnestie nur das Interesse, das die Stellung der Personen zu derselben erregte; es sah nämlich, wie Gambetta die Amnestie als eins der Mittel benutzte, um der Welt zu zeigen, wer jetzt Herr in Frankreich sei und mit wem man bis auf weiteres zu rechnen habe. Ob die Bewilligung der Amnestie ein Erzeugniß der Stärke oder Schwäche sei, auch dieses wiederholt vorgebrachte Für und Wider wird dahin zu berichtigen sein, daß Gambetta einmal wieder seine Stärke bewiesen hat und in Folge der Amnestie, zunächst wenigstens, noch mehr an Einfluß zunehmen wird, daß aber die Stärke, welche Grévy, Freycinet und so viele brave Republikaner, doch untergeordnete Politiker, entfalteten, nicht den Namen, den sie in der Sprache eines ehrlichen Mannes hat, verdient. Selbst das Ansehen Gambetta's in seinem Belleviller Wahlkreise ist fraglich: dieselben Leuten, die ihm zuzubellen und mußten, daß er die Amnestie wolle, wählten nun erst recht denselben Trinquet, der ganz geeignet war, die Amnestie bei den aufrichtigen und einsichtigen Republikanern zu empfehlen.

Rußland und Polen.

[Ein „humaner“ Erlass.] Graf Boris-Melikow hat angeordnet, daß — hundertdreizehnundneunzig Angeklagte, die seit sieben bis acht Jahren sich in Untersuchungshaft befinden (natürlich wegen politischer Vergehen, aber weil sie politisch „verdächtig“ erschienen), jetzt endlich vor ihren ordentlichen Richter gestellt werden. Gegen die meisten scheint jedwede Untersuchung schon sein vielen Jahren eingeklämmert zu sein, aber auf irgend einen Verdacht, irgend eine Beziehung hin hielt man die Unglücklichen sieben bis acht Jahre lang im Kerker — und dort hätten sie sterben und verrotten können, wie gewiß schon Viele von ihnen gestorben und verrotten sind, ohne je vor einen ordentlichen Richter zu kommen, hätte nicht der armenische Graf zufällig einmal die Akten revidirt. . . . Und weiß man etwa, wie viele solcher Unglücklichen seit Jahrzehnten in den Kerkern dahingefiedt sind, ohne je abgeurtheilt zu werden, ohne daß je auch nur ein Richter darüber entschieden hätte, ob sie schuldig, ob sie unschuldig sind? Vielleicht hätte ein erstes Verhör im Jahre 1872 oder 1873 schon klargestellen können, daß die Verhaftung hier und da auf Grund eines Irrthums, irgend eines irigen Verdachtes oder einer falschen Beschuldigung erfolgt sei. Aber es sind sieben bis acht Jahre vergangen, — man hat die Unseligen einfach vergessen.

— [Herr v. Rothschild und die russische Regierung.] Der Wiener „Presse“ wird aus London vom 19. d. M. Folgendes gemeldet: „Das hiesige Vanthaus Rothschild hat in offizieller Weise dem Finanzministerium in Petersburg erklären lassen, daß es die Anlehens-Unterhandlungen mit Rußland abbrechen müßte, wenn die gegen die Juden in Ansehung genommenen Maßregeln nicht ihr Ende nehmen sollten.“

Griechenland.

[Zur griechischen Grenzfrage.] Der berliner Kongreß hat, wie man sich erinnert, nur die Ausgangspunkte der neuen Grenzlinie am jonischen und am ägäischen Meere, dort die Mündung des Kalamas, hier die des Peneios, angebeutet; wie aber diese beiden Endpunkte zu verbinden seien, offen gelassen. Die direkten Verhandlungen der betheiligten Staaten in Konstantinopel und in Prevesa sind erfolglos geblieben und haben auch kaum ein brauchbares Material für die Erledigung der Sache zurückgelassen. Dieses liegt in dem ursprünglichen Programme Griechenlands und in den wiederholten Vorschlägen Waddington's. Von Seite Griechenlands liegt der berliner Konferenz eine Denkschrift vor, welche aus den beiden Vorschlägen Waddington's alle für Griechenland günstigen Momente zusammenfaßt. Hiernach soll die östliche Linie der griechischen Grenze gegen Thessalien zu auf den nördlichen Begleitungshöhen des unteren Salamvriathales (Peneios) beginnen, dem Mittel-laufe des Keriaklusses nordwärts bis Paläokastro folgen, dann auf den Gebirgskamm übergehen, welcher die Wasserscheide zwischen dem Flußgebiete der Salamvria (südlich) und Wistrizia (nördlich) bildet. Alsdann würde die Grenze die Stadt Mezowo überschreiten, dann auf den Nordrand des Beckens von Janina übergehen und ebenso den unteren und mittleren Lauf des Flusses Kalamas südwärts lassen. Nach dieser Grenzlinie würden vom Epirus Prevesa und Janina, von Thessalien die Ebenen von Larissa, Trikala und Pharsala Griechenland zufallen. Mit diesen Forderungen soll der Vorschlag, über den sich Frankreich und England geeinigt haben, ziemlich gleichbedeutend sein: er weist ebenfalls Prevesa und Janina Griechenland zu und schlägt nur im östlichen Theile der Grenze statt des Nordrandes des Peneiosthales die Thaksohle selbst vor.

Asien.

[Die russisch-chinesischen Kriegsrüstungen] werden mit allergrößtem Eifer betrieben und es scheint auf bei-

2. Biffa, 19. Juni. [Kirchenkonzert. Fünzigjähriges Berufsjubiläum.] Wie ich schon vor einigen Tagen gemeldet habe, giebt unser Gesangsverein für klassische Musik am 27. d. M. in der evangelischen Kirche ein Konzert. Dasselbe wird um 6 Uhr Nachmittags beginnen und es wird, damit das Konzert auch von weniger bemittelten Personen gehört werden kann, von den Besuchern ausnahmsweise ein sehr geringes Eintrittsgeld erhoben werden. Zur Aufführung soll kommen: Im ersten Theile 1. Präludium für die Orgel; 2. „Doch der Herr vergißt die Seinen nicht“, Arie für eine Altstimme aus Paulus von Mendelssohn; 3. „Ojus animam gementem“, Arie für eine Sopranstimme aus dem Stabat mater von Rossini; 4. a) „Die Ehre Gottes aus der Natur“ und b) Hymne, beide für eine Altstimme von Beethoven. Der zweite Theil wird ausgefüllt durch „Missa choralis“ für Solo, gemischten Chor und Orgel von Franz Liszt: 1. Kyrie, 2. Gloria, 3. Credo, 4. Sanctus, 5. Benedictus und 6. Agnus Dei. — Am 1. Juli feiert Herr Oberinspektor Duos in Pawlowsky (dem Grafen Wieliczki gehörig) das fünfzigjährige Jubiläum seiner Berufstätigkeit. Aus der großen Zahl seiner Freunde hat sich ein Komitee gebildet, welches für die Ueberreichung eines Andenkens an den Gefeierten Sorge trägt. Herr Oberförster Lewandowski zu Heidekrug bei Biffa nimmt die hierfür bestimmten Geldbeiträge entgegen.

Kruschwitz, 20. Juni. [Remontemarkt. Revision.] Auf dem vor einigen Tagen hier selbst abgehaltenen Remontemarkt waren 32 Pferde aufgetrieben, von denen 3, dem Rittmeister v. Heyne gehörig, gekauft wurden. In Tarnowo wurden von Herrn Rittmeister v. Heyne 18 Stück Pferde gekauft. Die theuersten Pferde wurden mit 950, die billigsten mit 500 Mark bezahlt. Im Ganzen kosteten die 21 angekauften Pferde 14,900 M. — In der vorigen Woche wurden durch den Regierungsrath Perle aus Posen die Kirchenassessoren derjenigen Gemeinden revidirt, die keine Geistlichen haben.

Freemessen, 20. Juni. [Oberpräsident Günther. Sommervergnügen. Plöbliche Todesfälle. Toller Hund.] Am 17. d. Mts. weilte Se. Excellenz der Oberpräsident Günther aus Posen in unserer Stadt. Der Gast wurde auf dem Bahnhofe von den Herren Landrath Regierungsrath Elsner v. Gronow aus Mogilno, Bürgermeister Sponnagel, Pastor Werner, Progymnasialrektor Sarg und einigen Magistratsmitgliedern empfangen. Der Herr Oberpräsident besuchte in Begleitung der genannten Herren das Progymnasium, die katholische und evangelische Kirche, die Schulen etc. Im Stadtverordneten-Sitzungs-Saale wurden dem Oberpräsidenten durch den Bürgermeister die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung vorgestellt, bei welcher Gelegenheit die Herren Bürgermeister Sponnagel, Rechtsanwalt Tonn und Defan Tomajewski die Wünsche der Stadt vortrugen. In Rikowski's Hotel wurde ein Diner eingenommen. Der Oberpräsident reiste von hier mit dem Abendzuge nach Mogilno weiter. — Der hiesige akademische Klub veranstaltete vor einigen Tagen einen Sommerausflug nach der Oberförsterei von Korsch. Das Fest verlief in der angenehmsten Weise. — Vor einigen Tagen starb, wahrscheinlich in Folge eines Schlaganfalls, der Wirth Jul. Meyer aus Braunsfeld. Derselbe hatte den Tag über einem in Nachbargasse abgebrannten Wirths Baubolz angefahren, wurde auf dem Heimwege von einem Unwohlsein befallen und starb, ehe er seine Behausung erreichen konnte. Ein gleiches Schicksal hatte der Wirth Stubbe in Kamienka bei Gembitz, den man vor einigen Tagen todt neben seinem Pfluge auf dem Felde fand. — In Kruschowo hat sich ein anscheinend toller Hund gezeigt, der mehrere Hunde und auch einen 14-jährigen Knaben gebissen hat.

Fraustadt, 20. Juni. [Pfarrerwahl. Unglücksfall. Selbstmord.] Pastor Napp an der hiesigen neustädtischen Kirche ist am 15. d. M. als dritter Diakon an der St. Peter- und Paulskirche in Görlitz gewählt worden und wird zum 1. November d. J. diesem Rufe Folge leisten. Pastor Napp erfreute sich hier allgemeiner Beliebtheit und es wird somit sein Schicksal auf Lebzeiten bedauert. Die Kirchengemeinde aber verliert in ihm einen der bewährtesten Seelsorger. — Ein recht bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch in Nieder-Zedlig. Der auergerüstetste F. Krause wurde während des Anbindens des Stammochens im Stalle von demselben unverhofft derartig an die Wand gedrückt und mit den Hörnern bearbeitet, daß der Bedauernswerthe sehr schwer darniederliegt. — Am Freitag in den Morgenstunden fand man den Ziegelerbeiter W. Peufert auf dem Bodenraume der Heppner'schen Ziegeleiwohnung an einem Tuche erhängt vor. Er hinterläßt eine Frau mit fünf unehelichen Kindern. Leider kommen in unserer Gegend derartige Selbstmorde oft vor.

Schneidemühl, 20. Juni. [Waldbrande.] Heute Vormittags 11½ Uhr fand in dem städtischen Forstrevier Dreise ein bedeutender Waldbrand statt. Wie verlautet, sollen einige Hundert Morgen Schonung abgebrannt sein. Nachmittags gegen 3 Uhr fand abermals ein Waldbrand in der Richtung nach Stöwen statt, der jedoch sich auf eine kleine Fläche beschränkt hat. Wodurch die Brände entstanden sind, ist nicht bekannt.

Aus dem Kreise Schubin, 20. Juni. [Saatenstand. Schleusenbau.] Das fruchtbare Wetter in der ersten Hälfte dieses Monats hat auf die Vegetation einen sehr guten Einfluß ausgeübt und auch den Stand des erfrorenen Roggens nicht unerheblich verbessert. Die bis zum Eintritt des Frostes weniger entwickelt gewesenen Roggen-Galme, welche durch denselben nicht gelitten hatten, haben sich nachträglich, durch das Wetter begünstigt, gut entwickeln können, weshalb man jetzt auch auf solchen Stellen, wo der Frost bedeutenden Schaden angerichtet hatte, vereinzelt vollkommene unbedächtige Mehren antrifft, die im Stande sein werden, den verursachten Frostschaden um Einiges zu mildern. Weizen, Gerste, Erbsen, Hafer, Kartoffeln, Lupinen etc. stehen sehr gut und können, nach dem jetzigen Stande zu urtheilen, einen Ertrag bedeutend über eine Mittelehrnte liefern. Die erste Kleeernte, welche bereits im vollsten Gange ist und durch das inzwischen eingetretene trockene Wetter sehr gefördert wird, entspricht indeß nicht den an sie gestellten Erwartungen, da die Kleepflanz durch den Frost sehr gelitten hat und in Folge dessen längere Zeit kümmerlich war, wodurch sie im Wachsthum zurückblieb. Dasselbe trifft bei mehreren Gräsern zu, weshalb anscheinend der Ertrag der diesjährigen ersten Heuernte gegen den des Vorjahres nicht unbedeutend zurückbleiben wird. — Behufs Schiffbarmachung der oberen Netze bei Labisch soll bei Antonsdorf im diesseitigen Kreise eine Kammer Schleuse erbaut und einschließlich der Lieferung allen Materials im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden, zu welchem Zwecke am Mittwoch den 30. Juni d. J. 10 Uhr Vormittags Termin im Bureau des Wasserbau-Inspektors Schwarz in Bromberg anberaumt ist.

Zuowrazlaw, 20. Juni. [Stadtverordnetenitzung. Ober-Ertraggeschäft. Handwerkerverein. Soolbad. Sommerfest.] Am 17. fand hier selbst eine Sitzung der Stadtverordneten statt. In derselben erhielt die Versammlung u. A. Kenntniß von verschiedenen Mittheilungen in Betreff von Schulangelegenheiten. Mitgetheilt wurde vom Magistrat, daß an der städtischen Simultanschule zum 1. resp. 15. Juni die Lehrer Philipp aus Rosenburg und Franke aus Fordon angestellt werden, und zwar wird durch die Genannten eine neu freite und eine durch die Verlegung des Lehrers Didert vakant werdende Lehrerstelle besetzt. Es wurde ferner mitgetheilt, daß die Oberklasse der hiesigen Simultanschule seit Ostern d. J. nach dem Plane einer Mittelschule arbeite und daß in den beiden ersten Klassen das Französische als Unterrichtssprache eingeführt worden sei. Es wurde bei dieser Gelegenheit die Frage wegen Uebernahme der hiesigen höheren Privat-Töchter-Schule auf die Stadt erörtert, eine Beschlußfassung in dieser Angelegenheit indeß bis nach Einbringung einer diesbezüglichen Magistratsvorlage noch ausgesetzt. In der Versammlung wurde ferner u. A. ein Vertrag mit der Chausseebau-Verwaltung genehmigt, der dahin geht, daß der Verwaltung bei der Leitung der Höfen zur Wasserleitung etwa entstehende Schäden vergütet werden. — Das diesjährige Ober-Ertraggeschäft für den diesseitigen Kreis

findet am 3., 5. und 6. Juli im Schendel'schen Gasthose hier selbst statt. Die Zahl der aus dem Kreise zum Ober-Ertraggeschäft Beordneten beträgt 550. — Der hiesige deutsche Handwerkerverein feierte am 16. d. Mts. auf dem hiesigen Schützenplatz sein 12. Stiftungsfest. Das Fest war vom besten Wetter begünstigt und verlief unter zahlreicher Theilnahme in der heitersten Weise. Als Gast wohnte dem Feste Herr Bürgermeister Perle aus Posen bei. — Heute findet im Handwerkerverein die erste diesjährige General-Versammlung statt. In derselben soll u. A. der Rechenschaftsbericht pro 1. Oktober 1879 bis 1. April 1880 abgefaßt werden. — Im hiesigen Soolbade sind bis heute ca. 1500 Bäder abgegeben worden. Die Zahl der auswärtigen Badegäste beträgt 55. Im hiesigen Kurhause werden von jetzt ab Mittwoch Sonnabend und Sonntag Konzerte der hiesigen Stadtkapelle stattfinden. — Die hiesige polnische Jugend veranstaltet am 23. d. M. auf dem Goplosee zwischen Szarley und Kruschwitz das sogenannte „puszczenie wiankow“. Es ist dies ein altslawischer Brauch, der zu Ehren der Frühlingsgöttin gefeiert wird und der darin besteht, daß junge Mädchen Kränze ins Wasser werfen, welche die Junggesellen auffangen.

Widerlegung tendenziöser polnischer Erfindungen. *)

Die Untersuchungs-Akten.

Verhandelt Posen, am 11. Juni 1880.

Vorgeladen erscheint im Amtszimmer des Unterzeichneten der Lehrer Herr G. und giebt mit dem Inhalte der Beschwerden des Johann Mikolajczak, Andreas Bartkowiak und der Marie Swamberska — J.-Nr. 4013/80 et 4137/80 I. — gegen ihn wegen Ueberschreitung des Strafrechts bekannt gemacht, Folgendes zu Protokoll:

„Zunächst ist die Behauptung der Beschwerdeführer, daß ich die Schülerinnen zwingen, das durchgenommene Lesebuch zu erzählen, eine falsche; ich stelle vielmehr nur die Frage an die Kinder, wer ein solches Lesebuch erzählen könne, und lasse alsdann nur diejenigen erzählen, welche sich freiwillig melden. Es kann daher auch nicht vorkommen, daß ich Kinder dieserhalb züchtige. Die mir vorgeworfene brutale Art der Züchtigung, wonach ich Schülerinnen in die Höhe gehoben, an die Gurgel gefaßt oder über die Bank geworfen haben soll, muß ich als unwahr aufs Entschiedenste zurückweisen, und wünsche, daß Schülerinnen meiner Klasse hierüber als Zeugen vernommen werden. Wenn Kinder von mir gemißhandelt oder verletzt worden wären, so hätten doch auch die nach mir in der folgenden Stunde in Klasse IVa, wo die Schülerinnen Mikolajczak, Swamberska und Bartkowiak sitzen, eine Verletzung, besonders die angeblich „aufgeschlagene und geschwollene Wange“ der Bartkowiak, sehen müssen. Dies ist aber nicht der Fall, wie die Kollegen bezeugen werden. Ich weise diese Beschwerden als eine Verleumdung gegen mich zurück.“

v. g. u.

(Unterschrift.)

a. u. s.

(gez.) Jul. Lehmann,

Rektor und königl. Lokal-Schulinspektor.

Verhandelt Posen, am 14. Juni 1880.

Im Anschlusse an die Verhandlung mit Herrn G. habe ich heute in Gegenwart des ältesten Lehrers an der Schule, Herrn N., 1. sechs Schülerinnen der Klasse IVa in der Sache vernommen, nämlich die

1. Hedwig Scheffler, 8½ Jahre alt,
2. Klara Schulz, 8½ Jahre alt,
3. Marianna Affeltowicz, 9 Jahre alt,
4. Helene Mlynkiewicz, 9 Jahre alt,
5. Regina Kay, 10 Jahre alt,
6. Jozepha Szrankiewicz, 13 Jahre alt,

Ad 1. Hedwig Scheffler beantwortet die an sie gerichteten Fragen, ob sie gesehen, daß Herr G. eine Schülerin der Klasse „an die Gurgel gefaßt“, aufgehoben, gerüttelt und auf die Bank geworfen, ob er dies mit den Schülerinnen Elisabeth Mikolajczak und Helene Swamberska gethan habe, mit einem bestimmten Nein. Ebenso verneint sie die Frage, ob sie jemals gesehen, daß Herr G. die Schülerin Valentine Bartkowiak in's Gesicht geschlagen, so daß diese eine „aufgeschlagene Wange“ gehabt. Dagegen habe Herr G. einmal eine Schülerin an den Kleidern vor der Brust in der Bank aufgehoben, damit sie stehen solle.

Ad 2. Klara Schulz stimmt in ihren Aussagen völlig überein mit Hedwig Scheffler.

Ad 3. Marianna Affeltowicz beantwortet übereinstimmend wie die Schülerinnen ad 1 und 2 die gleichen an sie gerichteten Fragen. Sie habe gesehen, daß Herr G. die Mikolajczak an den Kleidern vor der Brust aufgehoben.

Ad 4. Helene Mlynkiewicz beantwortet alle obigen, auf polnisch an sie gerichteten Fragen mit: Nein.

Ad 5. Regina Kay wie ad 1, 2, 3.

Ad 6. Jozepha Szrankiewicz ebenso wie ad 4.

(gez.) Hedwig Scheffler. Klara Schulz.
Marianna Affeltowicz. Helene Mlynkiewicz.
Regina Kay. Jozepha Szrankiewicz.
(gez.) Als Zeuge: Lehrer N.

a. u. s.

(gez.) Jul. Lehmann.

Rektor und königl. Lokal-Schulinspektor.

Posen, den 14. Juni 1880.

Betrifft

J.-Nr. 4013/80 a 4137/80.

Euer Hochwohlgeboren überreiche ich gehorsamt unter Rücksendung der nebensiebt bezeichneten Anlagen die mit dem Lehrer Herrn G. bezüglich der gegen ihn eingegangenen Beschwerden wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts aufgenommene Verhandlung, sowie das Ergebnis des von mir im Anwesenheit des ältesten Lehrers der Anstalt, Herrn N., gepflogenen Verhörs von 6 Schülerinnen der Klasse IVa, und zwar 2 evangelischen Deutschen, einer Jüdin und 3 katholischen Polinnen, sämtlich zuverlässigen Kindern der Klasse, in welcher Herr G. Ordinarius ist.

Die Verhandlungen und die genaueste Untersuchung der Beschwerdefälle haben mir die Ueberzeugung verschafft, daß die Beschwerdeführer ohne tatsächliche Unterlage waren, als sie die schweren Anklagen gegen Herrn G. erhoben. In keinem der in der Beschwerde aufgeführten Fälle ist konstatiert worden, daß derselbe das erlaubte Strafmaß überschritten habe; ja, eine Bestrafung der Schülerinnen Valentine Bartkowiak und Helene Swamberska in der angeführten oder ähnlichen Weise hat überhaupt nicht stattgefunden. Dagegen soll Herr G. die Schülerin Elisabeth Mikolajczak nach Aussage der Mitschülerin Marianna Affeltowicz, einmal an den Kleidern vor der Brust in der Bank aufgehoben haben, damit sie die Antwort stehend geben solle.

So sehr ich diesen bei Herrn G. wiederholt gerügten Griff tabeln muß, so sehr ich mich doch veranlaßt, hervorzuheben, daß dabei weder der Elisabeth Mikolajczak, noch andern Kindern ein Leid widerfahren ist. Der Beschuldigte, ein recht verwendbarer Lehrer, ist als Erzieher nicht selten zu hart gegen die Kinder; infolge dessen sind mehrfach Konflikte zwischen ihm und den Eltern derselben, sowie zwischen ihm und den Behörden entstanden. In den vorliegenden Beschwerdefällen kann ich aber eine Schuld seinerseits nicht erkennen und muß die Beschwerde als eine tendenziöse Böswilligkeit bezeichnen.

* Vergl. das unter derselben Aufschrift im lokalen Theile der gestrigen Morgen-Ausgabe mitgetheilte Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters Rohleis.

Die ganze Tendenz der Beschwerdeführer ist erkennbar im Hinweise darauf, daß die polnischen Schülerinnen gemißhandelt worden seien, angeblich weil sie die deutsche Geschichte: „Du sollst dich nicht rächen“, nicht hätten erzählen können. Diese Hebel'sche Erzählung ist mit der Klasse, in welcher Kinder des 3. und 4. Schuljahres sitzen, in meiner Gegenwart behandelt worden, und ich habe mich überzeugt, daß die Schülerinnen dieselbe in ihrem ersten Theile — und nur um diesen hat es sich gehandelt — sehr wohl verstanden haben; denn sowohl die polnischen wie die deutschen Kinder waren im Stande, die an sie gerichteten Fragen fließend zu beantworten und den Inhalt der Erzählung mit eigenen Worten wiederzugeben. Um ganz sicher zu sein, habe ich selbst mit den in der Beschwerde genannten polnischen Kindern die Erzählung nochmals durchgesprochen und sie von denselben erzählen lassen; auch diese drei Schülerinnen beantworteten jede an sie gestellte Frage in meist correctem Deutsch und vermochten ebenso die Antworten in der Uebersetzung oder in der Umschreibung polnisch zu geben. Es dürfte daraus wohl erhellen, daß sie den Inhalt des Lesebuchs wirklich geistig erfaßt und sich denselben zum Eigenthum gemacht haben. Die Schuld dieser Stufe — 3. Schuljahr — sind in der I. Stadtschule, ganz geringe Ausnahmen abgerechnet, soweit in der deutschen Sprache gefördert, daß sie auch den Lehrer verstehen, der sich polnisch nicht verständigen kann. Andersfalls würde ein solcher Lehrer auf dieser Stufe von mir gar nicht beschäftigt werden. In allen Klassen aber sind Lehrer und Lehrerinnen streng angewiesen, jeden schwachen Ausdruck und jede nicht gewöhnliche Satzkonstruktion entweder selbst polnisch zu übersetzen und zu erläutern oder dies durch Schülerinnen, welche beiden Sprachen gleich mächtig sind, — und solche giebt es in jeder Klasse —, thun zu lassen. Das Verständniß des dargebotenen Unterrichtsstoffes wird daher den polnischen Kindern in der Simultanschule eben so sicher und rationell übermittelt wie den deutschen, und die Erfolge beweisen die Naturgemäßheit des Verfahrens: die polnischen Schulkinder sind geistig so gewandt wie die deutschen, und jene sprechen in den oberen Klassen meist so geläufig deutsch wie diese, ja, sie sind oft faum am Accente von einander zu unterscheiden. Von diesen Erfolgen kann sich jeder überzeugen, der geneigt ist, dem Unterrichte in der Ersten Stadtschule beizuwohnen.

Es muß hiernach die von den Beschwerdeführern gestellte Forderung, „die deutsche Unterrichtssprache in den hiesigen Simultanschulen wieder abzuschießen“, als jeder inneren Berechtigung entbehrend bezeichnet werden.

Wie sehr es den Beschwerdeführern nur darauf ankommt, tendenziös zu denunzieren, geht für mich auch aus dem Umfange hervor, daß sie am Schlusse ihrer Beschwerde vor dem deutschen „jungen Lehrer S.“ warnen, da „vor diesem Jüngling die Kinder ebenfalls zittern“ sollen.

Herr S., Ordinarius der Klasse IVb, gehört zu den tüchtigsten jüngeren Lehrern der Anstalt und ist ein gleich tüchtiger Erzieher, der seine Klasse in vorzüglicher Ordnung und Disziplin hält, ohne daß er sich bis jetzt jemals eine Ueberschreitung des Strafmaßes hat zu Schulden kommen lassen. Ich habe bis jetzt auch nicht bemerkt, daß die Kinder vor ihm „zittern“; im Gegenteil, ich glaube aus kleinen Zügen und Akten der Aufmerksamkeit schließen zu dürfen, daß die Kinder eine anerkennenswerthe Anhänglichkeit an Herrn S. besitzen.

Den polnischen Beschwerdeführern freilich, oder den Agitatoren hinter denselben, scheint es vor allem darum zu gehen, den deutschen Lehrern an den städtischen Simultanschulen die Freude an der Arbeit in denselben zu vergällen, Eltern und Lehrer, sowie Kinder und Lehrer gegen einander zu hegen, durch Ueberschreitung jedes Straffalles, durch Denunziation und Diskussion desselben in öffentlichen Blättern die Autorität des Lehrers zu untergraben und eine geistliche Erziehung möglichst zu erschweren.

Durch eine solche Erregung und stete Aufreizung der unteren polnischen Volksschichten gegen die Simultanschulen, im Geheimen und öffentlich, wird aber auch das wahre Wohl dieser Bevölkerungskreise unendlich geschädigt. Den städtischen Volksschulen erwachsen durch das polnische Element ohnehin bei weitem größere Schwierigkeiten, als durch das deutsche; denn aus jenem erhalten sie in größerer Zahl solche Kinder, welche den Beginn des schulpflichtigen Alters oft um 2 und 3 selbst um 5 und 6 Jahre überschritten, ohne bis dahin den Anfang einer Schulbildung gemacht zu haben. — Kinder, welche häufig geistig versumpft, körperlich verkommen sind und nur durch andauernde polizeiliche Zwangsmittel zum Schulbesuche gebracht werden, — beklagenswerthe Kinder, denen die Schule in weitgehendstem Sinne Erziehungsschule anstalt sein muß. Wie sehr wird ihr die Erfüllung dieser Aufgabe erschwert, wenn die Widerwilligkeit und Widerspenstigkeit urtheilsloser oder vorurtheilsvoller Eltern gegen die Schule überhaupt und gegen die Simultanschule insbesondere von außen her immer wieder bis zur Ueberreizung angestachelt wird!

Alle diese Angriffe verfolgen unausgesetzt den Zweck, die Simultanschule in den Augen der polnischen und katholischen Bevölkerung verabscheuen und verhasst zu machen, indem sie die Meinung verbreiten, als seien die Unterrichts- und Erziehungsergebnisse in den ehemaligen nationalen Konfessionsschulen bessere gewesen, als in unsern gegenwärtigen Schulverhältnissen, und doch wird jeder Einsichtige leicht erkennen, daß die Kinder in den städtischen Simultanschulen nicht allein in unterrichtlicher, sondern auch in erzieherlicher Hinsicht sorgfältiger behandelt und weiter gefördert worden, als dies einst in unsern kleinen überfüllten Konfessionsschulen geschehen konnte.

Die Agitatoren wollen dies nicht sehen.

Der Rektor und königl. Lokal-Schulinspektor der Ersten Stadtschule.

(gez.) Jul. Lehmann.

An

den königlichen Kreisschulinspektor

des Stadtkreises Posen

Herrn Oberbürgermeister Rohleis

Hochwohlgeboren

hier.

Wir erhalten in der Angelegenheit noch folgende, einen Schreibfehler in dem gestern von uns abgedruckten Manuskripte betreffende

Zuschrift:

In meiner Mittheilung vom 20. d. M. Nr. 4013/80 I. betreffend die Widerlegung der Angriffe der polnischen Presse gegen die hiesigen Simultanschulen hat sich infolgedessen ein Schreibfehler eingeschlichen, als es im dritten Absatz nicht heißen soll „sind während des gegenwärtigen Schuljahres, also durch nun fast 3 Monate“, sondern sind während des vorjährigen und des gegenwärtigen Schuljahres, also durch nun fast 1 Jahr und drei Monate überhaupt 10 Lehrer u. f. m.“

Die sehr geehrte Redaktion erlaube ich ergeben, mein vorgenanntes Schreiben vom 20. d. M. hiernach gefälligst berichtigen zu wollen.

Rohleis,

Oberbürgermeister.

Staats- und Volkswirtschaft.

Δ Warschau, 20. Juni. [Original-Wollmarkts-Beuricht.] Die Wollmarkts-Deputation hat, wie vorauszusehen war, in diesem Jahre die Dauer des Marktes nicht verlängert; derselbe ist deshalb pünktlich am 17. d. Mts. geschlossen worden und die Delegation hat sich aufgelöst. Für den Verkehr mit Wolle werden jedoch delegirte Beamte der Bank bis zum 24. d. M. thätig bleiben. Es herrscht eine ungewöhnliche Differenz zwischen den offiziellen Preisnotierungen und dem was die Produzenten sagen, welche sich allgemein über niedrige Preise beschweren. Die Preise fallen übrigens, wie vorher gesagt wurde, rapid. Schon am 18. verlor hochfeine Wolle bis 2 Thlr., denn

Die wurde mit 118-140 Thlr. a Zentner notirt. Seine Wolle erhielt noch 100-118 Thlr., aber Mittelwolle erlitt eine Einbuße von 2-4 Thlr., denn sie wurde nur mit 86-92 Thlr. bezahlt. Ordinare Wolle behauptete ihren gebräuchlichen Preis (72-78 Thlr.). Im Allgemeinen wurden in diesem Jahre höhere Preise bewilligt, als im vorigen. Hochfeine und feine Wollen waren am meisten begehrt. Gestern war der Markt belebt. Im allgemeinen wurden 23,000 Pud Wolle vom Plase genommen, von denen 9800 Pud ins Ausland gingen. Es sind somit ca. 1/3 der Zufuhr verkauft. Die Wäsche war im Allgemeinen sehr gut, doch klagt man, daß viele Partien feucht waren. Auch über die Verpackung wird vielfach geklagt. Wegen Feuchtigkeit haben zwei Käufer, ein Breslauer und ein Rigaer, die Annahme der Wolle verweigert. Die Gesamtzufuhr betrug bis zum 18. d. Mts. Abends 56,400 Pud, gegen 52,596 Pud im Vorjahre.

Aus dem Gerichtssaal.

O. Posen, 22. Juni. [Schwurgericht. Gewalttätige Vornahme unzuchtiger Handlungen. Landfriedensbruch.] Von den beiden heute anstehenden Sachen wurde die erstere wiederum unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt, da Gegenstand der Verhandlung ein Verbrechen wider die Sittlichkeit war, nämlich das der gewalttätigen Vornahme unzuchtiger Handlungen an einer Frauensperson. Dieses Verbrechen angeklagt waren der Fleischer Wladislaus Daprzynski aus Bolechowko, der Arbeiter Stanislaus Grajewski aus Braemnik und der Arbeiter Stanislaus Chalupski aus Bredrusko. Auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen, wonach die Angeklagten des ihnen zur Last gelegten Verbrechens für schuldig erklärt, dem Angeklagten Chalupski jedoch mildernde Umstände zugestanden wurden, verurtheilte der Gerichtshof die Angeklagten Daprzynski und Grajewski zu 2 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus und den Angeklagten Chalupski zu 1 Jahre und 6 Monaten Gefängnis, erstere auch zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre, letzteren auf 2 Jahre.

Nach Verkündung dieses Urtheils wurde in die Verhandlung

gegen den Fischhändler Samuel Thiel aus Posen eingetreten. Derselbe soll am 18. Dezember 1878 auf dem Fort II bei Jędrzej, als sich daselbst eine Menschenmenge zusammenrottete und mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewaltthatigkeiten beging, an dieser Zusammenrottung theilgenommen, Gewaltthatigkeiten gegen Personen begangen und Sachen zerstört, d. h. sich des Landfriedensbruchs unter den gesetzlich normirten erschwerenden Umständen schuldig gemacht zu haben. In dem Restaurationslokale auf dem Fort II bei Jędrzej war an dem gedachten Tage bei Gelegenheit der Auslobung ein Tumult entstanden. Die dort anwesenden Leute erhoben ein Geschrei, einige zerstörten die Tische und Bänke, die freilich primitivster Art waren, rissen eine Verbindungsmauer nieder und übten auch Gewaltthatigkeiten gegen den Besitzer des Lokals, den Restaurateur Voll. Auch der Angeklagte soll sich unter den Friedensstörern befunden, Sachen zerstört und gegen die Voll'schen Bedienten thatschächlich sich benommen haben. Derselbe legte bei seiner heutigen Vernehmung ein offenes Geständnis ab. Es erhoben sich aber im Laufe der Verhandlung Zweifel, einmal ob das Erfordernis der Öffentlichkeit der Zusammenrottung vorhanden sei, da das Voll'sche Restaurationslokal keineswegs ein öffentliches Lokal, sondern nur für die Fortarbeiter bestimmt und nur diesen zugänglich ist, ferner ob die strafbaren Handlungen des Angeklagten gerade zu der Zeit verübt seien, als eine Menschenmenge sich zusammenrottete und mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewaltthatigkeiten übte. Die Geschworenen sprachen auch auf die Frage, ob der Angeklagte sich des Landfriedensbruchs schuldig gemacht habe, das Nichtschuldig aus, erklärten aber den Angeklagten der vorsätzlichen und rechtswidrigen Sachbeschädigung für schuldig. Der Gerichtshof verurtheilte ihn in Folge dessen zu 3 Monaten Gefängnis.

Vermishtes.

* Aus Olympia wird soeben nach Berlin gemeldet, daß daselbst der lebensgroße Bronzekopf eines Faustkämpfers gefunden sei; es ist ein realistisch aufgefaßter Porträtkopf mit dem Franz geschmückt; der erste tadellos erhaltene Kopf eines olympischen Siegers.

* **Kopenhagen, 19. Juni.** [Mordversuch einer Dame.] Gestern, Nachmittags 6 Uhr, schoß eine junge elegante Dame, Namens Anna Hude, drei Revolverkugeln auf einen älteren Herrn, den Medicin-Doktor Leerbach, und verwundete ihn zweimal, doch ungefährlich, worauf sie entflohen und festgenommen wurde. Sie hielt sich in Kopenhagen auf, um sich für das Studenten-Examen vorzubereiten. Kurz vor dem Attentat hatte sie mit dem Arzte gesprochen. Weitere Nachrichten lauten: Die anfängliche Entrüstung des Publikums über den „Mordanfall auf offener Straße“, sogar gegen einen vermeintlich allgemein geachteten greisen Arzt, scheint bereits ins Gegentheil umgeschlagen zu sein. Nachdem das junge Fräulein (Anna Hude, Tochter eines Advokaten in Roskilde) gegen Mitternacht im Gefängnis etwas ruhiger geworden, konnte sie eine zusammenhängende Erklärung abgeben, welche zur Folge hatte, daß das Haus des Dr. Leerbach sofort von Polizei bewacht und umstellt wurde, um ihn an einem etwaigen Fluchtversuche zu hindern. Am nächsten Morgen wurde er dann verhaftet als, nach den Erklärungen des Fräulein Hude, des Verbrechens der Nothzucht (wohl unter erschwerenden Umständen) verdächtig. Gleichzeitig wurde eine Weibsperson, Namens Jakobine, ein früher bestrafftes Frauenzimmer, verhaftet als der Kuppelrei beizuliegen, indem sie Zimmer zu unzüchtigen Zwecken vermietet habe.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Submissionen, Verkäufe, Exitationen, etc. etc. *)

Oberförsterei Grünheide. 5. VI. bei Westphal in Zielonka und 12. VI. bei Mund in Pudewitz, Verkauf von Bau-, Nutz- und Brennholz.

*) Im Inseratentheile unserer Zeitung nicht enthalten.

Schilder

in emailirtem Eisen, Marmor und Porzellan empfiehlt Breslauer-Straße Nr. 38. C. Klug.

Bekanntmachung.

Am 12. Mai d. J. ist in der zur Herrschaft Jaroschin gehörigen Forst umweit der Jaroschin-Neusiedler Schafsee, etwa einen Kilometer von Jaroschin entfernt, die Leiche einer unbekannten Frauensperson gefunden worden. Die Leiche war bereits stark in Verwesung übergegangen; an derselben befanden sich nur ein rothes Halstuch, anliegendes weißes Strümpfe und Strumpfbänder; im Uebrigen war dieselbe nackt. Um den Hals war ein Strick geschlungen. Unter der Leiche lag ein Stückchen eines an „Marie“ adressirten Briefes.

Bei dem hohen Grade der Verwesung hat nur festgestellt werden können, daß die Frauensperson 146 Centim. groß, nicht mehr jugendlich — es fanden sich einige Büschel grauer Haare — und stark gebaut gewesen ist.

Ich ersuche Jeden, der mir Anhaltspunkte zur Feststellung der Identität dieser Leiche mit einer vermutheten Frauensperson zu geben vermag, um sofortige Mittheilung. — Nr. 18087 — S. 2314/80.

Ostrowo, den 16. Juni 1880.

Der Erste Staats-Anwalt.

Bekanntmachung.

Am 8. Juni d. J. ist im Pleschen Walde, Kreis Pleschen, die vollständig nackte Leiche eines unbekannten Mannes gefunden, welcher, nach den wenigen, auf dem Schädel vorhandenen grauen Haaren zu urtheilen, nicht mehr jung war. Bei dem hohen Grade der Verwesung hat nur festgestellt werden können, daß der Mann 154 Centimeter groß, schlank gebaut und mäßig gut ernährt gewesen ist. Der linke Fuß ist 3 Centimeter kürzer als der rechte, beide Unterschenkel zeigen zahlreiche Narben von Fußgeschwüren. Das linke Kniegelenk ist verkrüppelt. Auf der Brust fanden sich 9 runde Nessungen mit scharfen Mündern von 2-3 Millimeter Durchmesser, in der linken unteren Bauchgegend 5 ganz ähnliche. Die beschriebenen Lacerationen dringend auf Schrotkugeln. Ich ersuche Jeden, der mir Anhaltspunkte zur Feststellung der Identität dieser Leiche mit einer vermutheten Mannsperson zu geben vermag, um sofortige Mittheilung Nr. 18249 — S. 2593/80.

Ostrowo, den 19. Juni 1880.

Der Erste Staatsanwalt.

Bekanntmachung.

Die Firma Samuel Pulvermacher in Bromberg und Zweigniederlassung im Walde zu Ropantin und Kobylec sub Nr. 111 des hiesigen Firmen-Registers ist zufolge Verfügung vom heutigen Tage gelöscht worden.

Wongrowitz, den 18. Juni 1880.

Königliches Amtsgericht.

Der Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns G. Goldschmidt zu Ostrowo ist durch rechtskräftig bestätigten Vergleich beendet.

Ostrowo, den 21. Juni 1880.

Königliches Amtsgericht.

Rummler, Gerichtsschreiber.

Oeffentliche Zustellung.

Der Rittgutsbesitzer Louis von Kardziński in Emchen, vertreten durch den Rechtsanwalt Litthauer zu Schrimm, klagt gegen den früheren Rechnungsführer und Post-Agenten Franz Haber Walcer, unbekannten Aufenthalts, wegen 300 Mark Darlehn, aus dem Schuldschein vom 3. Oktober 1879 mit dem Antrage, den Beklagten zur Zahlung von 300 Mark zu verurtheilen, das Urtheil auch für vorläufig vollstreckbar zu erklären, und laßt den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das königliche Amtsgericht zu Schrimm auf

den 17. Sept. 1880, Vormittags 10 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Schrimm, den 17. Juni 1880. Gaebler, Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

Auktion.

Am Donnerstag den 1. Juli, Vormittags 11 Uhr,

werde ich in Birke ein eisernes Geldspind, einen Mahagoni-Flügel u. einige Möbel

gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Birnbaum, den 22. Juni 1880. Diekmann, Gerichtsvollzieher.

Der am 24. d. M. in Kobelnitz bei Sadu anberaumte Versteigerungstermin ist aufgehoben.

Glominski, Gerichtsvollzieher.

Der am Freitag d. 25. Juni c., Vormittags 10 Uhr, in Dobornitz anstehende Versteigerungstermin ist aufgehoben.

Dobornitz, den 22. Juni 1880. Scholz, Gerichtsvollzieher.

II. Baden-Baden-Lotterie.

2. Klasse. Ziehung am 5. Juli a. o. Hauptgewinne 60,000, 30,000, 20,000, 15,000, 10,000. Kl. Gewinn 20 Mark.

Im Ganzen 10,000 Gewinne. Kaufloose zur II. Klasse 4 M., Vollloose, für alle Klassen gültig, 10 Mark (auswärts 15 Pfg. Porto).

H. Aguilar, Haupt-Collecteur, Breslau, Schwolditzerstr. 34/35, I. Et.

Frische Seefische und Klundern empf. billigt Adolph Gottschalk, Wasserstr. 26.

Billard,

wenig gebraucht, umzugshalber sofort zu verkaufen.

J. Kuhse, Wilhelmstr. 28.

Im Verlage von Maruschoke & Borondt in Breslau ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Untersuchung des Fleisches auf Trichinen.

Kurzgefaßte Belehrung für Fleischschauer, so wie zur Vorbereitung für das Fleischschauer-Examen von Dr. Ewald Wolf, Geh. Mediz.-u. Reg.-Rath. 6. Aufl. Preis: M. 1.20.

Ein Landgut bei einer fl. Stadt in Westpr., 400 Mrg., 1/2 Weib., 1/2 gut Roggen, 1/2 leicht, 86 Mrg. Wiese, Torfstich z. Verkauf, ist unt. günst. Bed. mit 5-6 Mill. Anz. zu verk. Näh. Bromberg, Töpferstr. 17. Rauch.

Ein mittelgroßes Land- resp. Rittergut ohne Unterhändler zu kaufen gesucht. Vorerst jedoch für kurze Zeit Aufnahme auf einem solchen gemüncht. Fr.-Oert. unter C. St. 55 postlagernd Grefeld a. N. erbeten.

Zum Kauf gesucht vom Selbstkäufer ein kleines Grundstück mit 50 raum und Wasser in der Oberstadt mit 3000 M. Anzahl. Abz. unt. A. M. Nr. 3 postl. Posen.

Holzverkauf.

Vier Meilen von Posen, an der Warthe gelegen, verkauft ein Dominium 60 Morgen 70- bis 80jähriger Kiefern. Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung.



Posen: Dr. Mankiewicz, kgl. Hof-Apotheke; Berlin: L. Bieler, Blumen-Apotheke, Blumenstr. 73. Breslau: S. G. Schwartz, Ohlauerstrasse 21, und Alte Scheidnitzerstrasse 9.

Feinster Puderzucker, sowie Wein-Essig, zum Einlegen von Früchten, empfiehlt S. Samter jun.

Bränereien,

welche neue Lagerfässer und Bottige benötigen, wird eine außerordentlich billige Bezugsquelle nachgewiesen.

Bränermeister, welche sich dafür interessieren, wollen gütigst ihre Adressen unter D. 2700 an Rudolf Mosso, Breslau, gelangen lassen.

Magenkrampf wird sofort und sicher beseitigt durch magenstärkenden

Singwer-Extrakt

von August Urban in Breslau, in Flaschen à 20 und 10 Sgr. bei Ed. Fiedert jun. und bei S. Samter jun. in Posen, Wilhelmstr. Nr. 11.

Keine grauen Haare mehr!

Kosma!

Sicher, unauffällig, jede Haarfarbe wiederherstellend, angenehm, reichlich, Haarwuchsfördernd, in größeren Flaschen à 3 M. versendet das Generaldepot Medicinal-Droguerie zur Minerva.

J. Rappaport, Danzig, 4 Damm I

Vierscharige Schäl- und Saatpflüge,

welche zum flachen Abschälen von Klee- und Gras-Narben, zum Stürzen der Stoppel, zur Saat-Unterbringung, zum Legen der Kartoffeln und zur Reinigung des Aders resp. zur Vertilgung des Gederichs bei Kartoffeln dienen, liefert zu billigen Preisen

J. Rymarkiewicz, Schmiedemeister, Rogasen.

Erfurter Blumenkohl-Export

Gottlob Jander, Erfurt.

Pension.

Pensionärinnen finden freundliche Aufn. u. gewissf. Beaufsichtigung u. Pflege. Convers. engl. u. franz. E. Herrmann, Königl. Seminarlehrerin. Posen, Kanonenplatz 8.

Damen finden Rath und Hilfe in diskreten Angelegenheiten. Frau E. Latke, Christinenstr. 8, II. C. Berlin.

Spezialarzt Dr. Kirchhoffer in Straßburg, Elsaß, heilt nächtl. Bettnässen, Periodestörungen, Pollut. Schwäche.

Spezialarzt Dr. med. Meyer,

Berlin, Leipzigerstr. 91, heilt auch brieflich Syphilis, Geschlechtschwäche, alle Frauen- und Hautkrankheiten, selbst in den hartnäckigsten Fällen, stets schnell mit bestem Erfolge.

Provincial - Gewerbe - Ausstellung zu Bromberg 1880.

Dauer der Ausstellung vom 15. Mai bis 15. Juli 1880. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vorm. bis 6 Uhr Nachmittags.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder des Sterbekassen-Renten-Vereins für die Provinz Posen werden gemäß § 30 des Vereinsstatuts zur

Generalversammlung auf Montag den 28. Juni 1880, Abends 7 1/2 Uhr, im Lambert'schen Konzertsaal,

eingeladen.

Tagesordnung:

- Berichterstattung.
 - Abnahme und Dechargierung der Rechnung für das Jahr 1879.
 - Vorlegung des Etats pro 1880.
 - Wahl von 3 Direktionsmitgliedern und 3 Stellvertretern.
 - Wahl der 3 Rechnungsrevisoren für 1880.
- Es wird zugleich bekannt gemacht, daß nach Genehmigung der Oberaufsichtsbehörde den Inhabern der Rezeptionscheine von Nr. 1 bis einschließlich Nr. 2144 auch für das Jahr 1879 eine Dividende von 50 pSt. der Beiträge gewährt werden wird.

Posen, den 18. Juni 1880.

Das Direktorium des Sterbekassen - Renten - Vereins für die Provinz Posen.

Lotterie zur Errichtung eines Provinzial-Krieger-Denkmal in der Stadt Posen.

Ziehung am 31. August d. J. in Posen.

	1. Hauptgewinn (Equipage)	2. Hauptgewinn (Stuhlflügel von Jrmier)	3. Hauptgewinn (Wäschgarnitur und Patent-Auszug)	4. Hauptgewinn (Stuhlflügel)	5. Hauptgewinn (Stuhlflügel)	6. Gewinne im Werthe von 100 Mark	7. Gewinne im Werthe von 50 Mark	8. Gewinne im Werthe von 25 Mark	9. Gewinne im Werthe von 10 Mark	10. Gewinne im Werthe von 5 Mark	11. Gewinne im Werthe von 3 bis 15 Mark	12. Gewinne im Werthe von 10000 Mark
15						500	600	750	1000	4650		
1436												
1500												

Loose à 1 Mark

sind zu haben

in der Stadt Posen: in den Cigarrenhandlungen von Theodor Jahn, Friedrichstr. Nr. 30, J. Neumann, Wilhelmstr. Nr. 8, Karl Heinrich Uric, Breslauerstr. Nr. 4, und bei den Kaufleuten Herren Emil Brumme, Wasserstr. Nr. 28 und R. Kahler, Wasserstr. Nr. 6; in der Provinz: bei den Vorständen der Krieger- und Landwehr-Vereine und in den Bureaus der Herren Landräthe und Distrikts-Kommissarien



Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie zum Besten

hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unbemittelter Kranken. 25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der 6. Klasse am 21. Juli 1880.

Hauptgewinne der 6. Klasse:

- 1 Mobiliar, Werth 3520 M., 1 Doppeltische, Werth 2250 M., 1 Piano, Werth 1482 M., 1 Piano, Werth 760 M., 1 Piano, Werth 500 M., 1 Schrank, Werth 350 M., 12 Gew., 1 Doppelgewehr, Werth à 190 M.

Erneuerungsloose à 3 Mark, Kaufloose à 12 Mark sind zu haben in der Exped. d. Pos. Ztg.

Erneuerung bis zum 12. Juli cr., Abends 6 Uhr.

